

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7303.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 20. September 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Die Vergebung öffentlicher Arbeiten im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. — Die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig. XIII. — Differenzen im schlesischen Sandsteingebiet. — Herr Matthias Fromm abermals blamiert. — Korrespondenzen. — Bauaktivität und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Rundschau. — Steinausschreibungen. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Verkaufskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.  
Beilage: Massenstreik und Gewerkschaften. I. — Die Petitionen des Herrn Scheibel. — Abrechnung der Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter vom 1. April bis 30. Juni 1913. — Abrechnung der Hauptkasse für das II. Quartal 1913. — Korrespondenzen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperrt sind:** Rütten: Firma Reuter. — Zwingenberg: Firma Rütth & Reinmuth. — Lausamholz: Firma Lahnner. — Roth: Firma Reupert. — Minden: Firma Bories. — Verlingshausen (Sippe): Max Reuter.

**Düsseldorf.** Die Lohnbewegung der Grabsteinmehnen wurde günstig beendet. Die Arbeitszeit von 59 Stunden pro Woche wurde auf 55 Stunden reduziert. Der Stundenlohn steigt in drei Stappen von 70 auf 78 Pfg.

**Oesterreich-Ungarn.** Gesperrt sind: Heinrichsgrün, Eger, Brüx, Lemberg, Wien, Krems, Cilli, Bucirce, Linz, Sätz, Kratau.

## Die Vergebung öffentlicher Arbeiten im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit

Die vollkommenste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschieht zweifellos durch die Regelung der Produktion derart, daß die wirtschaftlichen Krisen verschwinden. Die Sozialdemokratie strebt das auch an. Sie will eine Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in das Eigentum der Allgemeinheit und die Anpassung der Gütererzeugung an den tatsächlichen Bedarf. Das wird freilich erst in einer späteren Gesellschaftsordnung vollkommen durchführbar sein.

Aber schon im gegenwärtigen Staat haben die öffentlichen Körperschaften, Staat und Gemeinde, in gewissem Umfange Produktionsmittel im Besitz oder, und das ist schon in größerem Umfange der Fall, die Herstellung von Gegenständen zu vergeben. In Deutschland geben Reich, Staat und Gemeinden gegenwärtig jährlich 5 bis 6 Milliarden Mark Arbeit in Auftrag, und diese Summen werden bei der wachsenden Tätigkeit der öffentlichen Verbände und der Vermehrung ihrer Aufgaben künftig noch sehr ansteigen. Von den großen Städten geben heute schon Berlin rund 30 Mill. Mark, Hamburg 25 Mill. Mark, Frankfurt a. M. 20 Mill. Mark für Bauten einschließlich Reparaturbauten usw. aus. Die Aufträge der öffentlichen Körperschaften sind gegenwärtig schon für die Preisgestaltung und den Geschäftsgang im Baugewerbe, dem Wagen- und Schiffsbau, in den Walzwerken, den Kohlenwerken usw. von bestimmendem Einfluß.

Sollte es nicht möglich sein, die Vergebung dieser Arbeiten so zu regeln, daß damit die wirtschaftlichen Krisen gemildert werden? Zweifellos. Vor allem kann auf diesem Wege bis zu einem gewissen Grade die Arbeitslosigkeit verhindert werden, bevor sie ausgebrochen ist. Wird ein Teil der für eine Reihe von Jahren in Aussicht genommenen Arbeiten von Staat und Gemeinden zurückgestellt und beim Umschwunge der Konjunktur in Auftrag gegeben, so brauchen viele Betriebe zahlreicher Industrien ihre Arbeitskräfte überhaupt nicht erst zu entlassen. Hierdurch werden auch andere, nicht direkt betroffene Betriebe belebt, z. B. solche, die Rohstoffe oder Halbfabrikate herstellen. Vor allem braucht aber die in Frage kommende Arbeiterklasse ihren Konsum infolge Lohnausfalls nicht einzuschränken; der von dieser ausgehende Bedarf läßt wieder seine regulierende Wirkung aus. Andererseits würde durch eine solche Vergebung der öffentlichen Arbeiten das Sekttempo der Konjunktur (Ueberstunden, Nachschichten usw.) eingedämmt.

Esolche Vorschläge sind auch schon oft gemacht worden, so bereits 1894 vom Genossen Quard im Sozialpolitischen Zentralblatt, später vom Genossen Lindemann und andern. Es wurde die Errichtung von Kommissionen bei den öffentlichen Körperschaften gefordert, die eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein sollten.

Auf Beschluß der Internationalen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde bei den einzelnen nationalen Sektionen eine Erhebung veranstaltet über den Einfluß, den die Verteilung der öffentlichen Arbeiten auf den Arbeitsmarkt ausübt. Ueber die Resultate der Erhebung im Ausland ist bereits auf der Züricher Tagung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1912 Bericht veröffentlicht worden. Das Ergebnis der Umfrage der deutschen Sektion wird jedoch veröffentlicht. Die Erhebung wurde bei den Reichsbehörden, den Bundesstaaten und den Gemeinden mit mehr wie 100 000 Einwohnern durch Vorlegung eines Fragebogens vorgenommen.

Die Feststellungen sind nicht gerade befriedigend. Im großen und ganzen hat sich gezeigt, daß im letzten Jahrzehnt die Staatsregierungen dem Problem der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung immer erst ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, wenn der Notstand offenbar und die Gelegenheit für vorzuziehende Maßnahmen bereits vorüber war. Sie haben also auf dem Gebiete verlagert. Dagegen haben in steigendem Maße die Gemeinden erkannt, was sie in dieser Richtung für Pflichten haben, wenngleich auch hier noch sehr viel zu tun übrig bleibt.

Die deutschen Reichsbehörden haben für die Vergebung ihrer Aufträge einheitlich vorgeschrieben, daß für die Ausführung der Leistungen und Lieferungen ausreichend bemessene Fristen unter Berücksichtigung der Lage des Marktes, der Jahreszeiten oder der Arbeitsverhältnisse zu bewilligen sind. Die Bestimmungen sind zu allgemein, um in dem hier berührten Punkte eine Wirkung auszuüben. Bekanntlich liegt auch dem deutschen Reichstag der Entwurf neuer Submissionsbestimmungen vor, in dem eine einheitliche Regelung für das ganze Reich und die einzelnen Bundesstaaten geplant ist. Vielleicht lassen sich hier Bestimmungen in dem empfohlenen Sinne aufnehmen. Bei der Neuregelung des preussischen Submissionswesens wurde im Abgeordnetenhaus ein Antrag Dejer-Rosenow angenommen, nach dem die Fristen für öffentliche Lieferungen so zu bemessen seien, daß die Arbeit nach Möglichkeit in die geschäftstille Zeit verlegt werden kann. In die späteren von den Ministerien der öffentlichen Arbeiten dann erlassenen Submissionsbestimmungen vom 23. Dezember 1906 wurde aber dieser Zusatz nicht übernommen. In Bayern sollen die Wasserbauten möglichst im Winter ausgeführt werden. In Württemberg ist die Anweisung ergangen, die Lieferfristen für öffentliche Arbeiten so zu bemessen, daß die Arbeiten ganz oder teilweise während der geschäftstillen Zeit ausgeführt werden können. In Baden werden seit Jahren besondere Rundfragen bei Behörden und Interessensvertretungen im Herbst veranstaltet, um einer vielleicht im Winter drohenden Arbeitslosigkeit durch Schaffung besonderer Arbeitsgelegenheiten vorzubeugen. In Hessen, Braunschweig usw. bestehen ebenfalls Anweisungen, die öffentlichen Arbeiten möglichst in die stillen Perioden zu legen. Die Vorschriften werden aber vielfach nicht richtig beachtet. Zur Entschärfung wird vorgeschlagen, daß solchen Beschreibungen der Arbeiten Schwierigkeiten entgegenstehen. So werden z. B. die Mittel zur Befreiung aller Ausgaben etatsmäßig jeweils nur für ein Jahr bewilligt. Da der Etat in der Regel erst Ende März zur Verabschiedung gelangt, könnten die Arbeiten auch nicht früher vergeben werden. In der Regel drängten auch die Arbeiten und ihre Vollenbung sei oft durch Beschlüsse festgelegt. Soweit sich die Arbeitsverziehung aber doch hat durchführen lassen, so wird, wie in Elfaß-Lothringen, Hessen, Anhalt usw., von einem günstigen Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes berichtet.

Von den großen Städten ist eine Berücksichtigung der wirtschaftlich stilleren Zeit im allgemeinen vorgeesehen in Braunschweig, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Hannover, Kassel, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München, Plauen, Rosen, Saarbrücken, Schöneberg, Straßburg, Stettin, Wiesbaden. Meist ist bestimmt, daß die Arbeiten so frühzeitig auszuführen sind, daß sie in der für das betreffende Gewerbe stillen Zeit erledigt werden können. In Nürnberg wird regelmäßig in allen Abteilungen des Bauamts und bei allen übrigen städtischen Betrieben festgestellt, welche Arbeiten im Winter zur Beschäftigung arbeitsloser Personen in Frage kommen können. Ähnlich ist es in Frankfurt a. M. Auch eine Reihe von Stadtgemeinden berichten von Schwierigkeiten der Arbeitsverziehung. Oft ließen sich die Arbeiten wegen des Winterwetters nicht ausführen, sobald seien die Arbeiten im Winter teurer, oft dränge der Zeitpunkt der Fertigstellung usw. Soweit aber die Städte eine Verziehung der Arbeiten vorgenommen hätten, seien auch günstige Wirkungen auf die Lage des Arbeitsmarktes erzielt worden.

Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tritt auch noch dafür ein, die zu vergebenden Arbeiten nach Bezirken zu spezialisieren und in kleinere „Lose“ zu verteilen. Hier handle es sich um eine räumliche Milderung der Arbeitslosigkeit. Die Zerlegung in einzelne Berufszweige habe den Vorzug, daß die ortsanfälligen Arbeiter besser berücksichtigt werden, während Generalsubmissionen an auswärtige Großunternehmer den Zugang ortsfremder Arbeitskräfte fördern. Diese blieben dann oft nach Erledigung der Arbeiten in der Stadt beschäftigungslos zurück. Diese Teilung der Vergebung sei auch schon vielfach durchgeführt.

Im allgemeinen sieht man, daß noch mancherlei wichtige Aufgaben auf dem Gebiete zu lösen sind. Vor allem fehlt der bisherigen Aktion der große Zug des Einheitlichen und Organischen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Vergebung der öffentlichen Arbeiten muß viel planmäßiger und systematischer geschehen, vielleicht können zu solchen Arbeiten auch besondere Fonds („Ausgleichsfonds“) und ähnliche Einrichtungen geschaffen werden.

Auch hier zeigt es sich wieder, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiter an den Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften rege beteiligen. Nur ihre Vertreter werden den Sauerreig abgeben zur Ausgestaltung der hier berührten Einrichtungen. Die Vertreter der bestehenden Klassen wissen nicht, was hier not tut.

## Die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig.

XIII.

### Die Wissenschaftliche Abteilung.

Das Arrangement dieser Abteilung lag in den Händen des Herrn Dr. med. Kühn in Leipzig. Man muß gestehen, er hat mit seinen Dispositionen einen guten Blick für das gezeigt, was alles mit den Gesundheitsfragen, inneren Krankheiten, der Staubgefahr usw. zusammenhängt. Diese Abteilung ist ungeheuer besucht, an den Nachmittagen mußte schon oftmals eine Abspernung erfolgen. Das preussische Ministerium des Innern stellt in einer besonderen Rolle aus. Als wissenschaftlicher Disponent fungiert Herr Professor Dr. med. Sommerfeld. Auch dabei hat er sich der Steinarbeiter wieder besonders angenommen. Unter Glasverglasung wird eine arg zerrüttete Steinhauerlunge gezeigt. In 72 etwa 11 Zentimeter hohen Gläsern werden dann die verschiedensten Steintaubsorten vorgeführt. Und zwar sind alle Gesteinsarten dabei berücksichtigt.

Ein Herr Dr. med. Eisler aus Halle bringt eine Tafel mit recht eigenartigem Inhalt zum Vorschein. Er berechnet angeblich die tägliche Nahrungsaufnahme eines Bauarbeiters und setzt als Ausgabe hierfür den Betrag von 1.32 Mk. pro Tag ein. Wir sind der Meinung, daß der Herr Doktor Eisler sehr schlecht gekommen würde, wenn er einen Bauarbeiter zu einem Säge von 1.32 Mk. ausreichend verpflegen sollte. Das Hygienische Institut der Universität Halle bringt ebenfalls an die 90 Stein- und Holztaubsorten zur Ausstellung. Wir sehen also, daß der Wissenschaft die Gefährlichkeit des Steinarbeiterberufs sehr wohl bekannt ist. Für unsere Rollen ist erwähnenswert, daß einige Gesteinsdünnschiffe photographisch vergrößert sind und zwar: Kornberger, Seuffener und Köpferer Granit, Spenit, Proterabas, Diabas, Quarz, Basalt, Trach, Gips und roter Mainfandstein. Bei der letzteren Vergrößerung ist das jädige Wesen der einzelnen Staubteilchen geradezu auffällig. Aus dem Pathologischen Museum zu Tübingen wird ebenfalls eine Steinhauerlunge zur Schau gestellt, an der die Tuberkulose im höchsten Grade vorgeritten ist.

Knochenbrüche und Zerreißen innerer Organe bilden eine häufige Folge von Unfällen auf Bauten. Auch hier ist in der Ausstellung manches zu sehen. Von Professor Kölliker in Leipzig liegt eine Sammlung menschlicher Knochen aus, die geheilte Knochenbrüche aufweist, während Professor Geipel in Dresden überhaupt durch Unfälle entstandene Knochenbrüche zeigt. Hierher gehören auch die zerbrochenen Schädel, die vom Pathologischen Institut in Leipzig und von der Untersuchungsanstalt für Staatsargneikunde der Berliner Universität der Ausstellung zur Verfügung gestellt worden sind. Die beiden letztgenannten Institute haben gemeinsam mit der gerichtsarztlichen Untersuchungsanstalt der Universität Göttingen verschiedene durch Unfälle zerrissene innere Organe: Magen, Herz, Leber, Nieren, Darm usw., zur Ausstellung gebracht. Die Urteile sprechen von „prächtigen Exemplaren“, jedem andern Menschen kann es schmil werden, wenn er hier steht, auf welche traurige Ursache hin so mancher brave Arbeiter unter qualvoller Schmerzen sein Leben aussieht hat.

Das königliche bayrische Arbeitsmuseum hat einige Baumodelle mit gut angebrachten Schutgerüsten ausgestellt. Besonders fallen auf der Wallerturm, der Turmhelm und das Schulgebäude. Der Landesgewerbeamt steuerte elf Bilder bei, welche auf die Bleifärbung der Maler Bezug nehmen. Bleihaltige Farben werden ebenfalls gezeigt, und zwar: Bleiweiß, Chromgelb, Chromgrün, Leinölfirniss (bleihaltig), Malerkit und Bleiglasur. Auch eine Steinhauerlunge befindet sich unter den Ausstellungsobjekten.

Wir wollen nicht verfehlen, daß uns diese wissenschaftliche Ausstellung sehr befriedigt. — Die Arbeiter sind es in erster Linie, die als Massenbesucher in Frage kommen, und das ist auch schon ein Fortschritt.

### Der Arbeiterschutz im Lichte der Berufsgenossenschaften.

Die Sache des Arbeiterschutzes kommt auf der Iba zweifellos in eingehender Weise zur Geltung. Allerdings, die Aussteller hätten sich mehr an die kritische Seite dieses wichtigen Kapitels halten müssen. Der Ausstellungsraum ist an die Betonhalle angebaut und liegt in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftspavillons. In letzterem werden unzählige Abbildungen schlechter Gerüste wahrheitsgetreu vorgeführt, die sofort erkennen lassen, daß es speziell mit dem Bauarbeiterschutz sehr schlimm bestellt ist. Diese kritische Tendenz kommt leider in der von den Berufsgenossenschaften arrangierten Ausstellung nicht zur Geltung. Aber auch nicht im geringsten. Die zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften haben, um den Gerüstbau zu zeigen, ein Riesenmodell aufgestellt. (Die Maße dürften sein 7 + 4½ Meter, die Höhe mag 4 Meter betragen). Jede Baugewerksberufsgenossenschaft zeigt nun daran ihre gebräuchliche Rüstungsart. Bei näherer Betrachtung wird man sofort erkennen, daß es unpraktisch sein muß, wenn in Deutschland über den Gerüstbau einheitliche Bestimmungen nicht erlassen sind. Wir können nicht begreifen, daß hierin das Reichsversicherungsamt nicht schnellstens Wandel schafft.

Eine Reihe von Baugeschäften unterhalten bekanntlich auch Steinmetzbetriebe, aber das Hauptgeschäft mit dem Nebenbetrieb wird dann der Baugewerkschaft unterstellt. Wir haben uns aus den Jahresberichten die Aufzeichnungen herausgezogen und fanden, daß nachstehende Steinmetzbetriebe und Arbeiter folgenden Baugewerkschaften unterstellt sind:

Baugewerkschaften	Steinbruch- und Steinmetzbetriebe	Zahl der Arbeiter	Lohnsumme in Mark
Nordöstliche (5 Sektionen)	509	4518	4383 934
Hamburgische (5 Sektionen)	157	2181	2840 007
Schlesische (4 Sektionen)	180	1926	1 105 450
Hannoversche (4 Sektionen)	?	?	914 025
Magdeburgerische (3 Sekt.)	?	?	?
Sächsische (6 Sektionen)	?	5058	4 001 824
Westfälische (7 Sekt.)	443	1803	2 332 060
Thüringische (4 Sektionen)	?	?	?
Westfälische (7 Sektionen)	?	4101	4 002 195
Württembergische (4 Sekt.)	179	578	?
Südwestliche (8 Sektionen)	315	?	672 903
*Sächsische (5 Sektionen)	?	?	?

\* Angaben waren nicht aufzufinden.

Die schlechte Durchführung der Arbeiterlohnbestimmungen im Baugewerbe ist so bekannt, daß es direkt auffällig ist, daß die Berufsgenossenschaften nicht einige Bilder, die vornehmlich auf die Unternehmer abzusprechend wirken sollen, zur Ausstellung brachten. Dessen sind wir sicher, daß in den Archiven der Genossenschaftsbüros, um diese Zustände zu illustrieren, überaus reichliches Material vorhanden sein würde.

Gerade das Modell mit seinen Einrichtungen zeigt am besten, wie berechtigt die Forderungen der Bauarbeiter für einheitliche Gerüstvorschriften sind. Sicherlich haben die Berufsgenossenschaften mit der Herstellung des Modells eine solche Absicht unter keinen Umständen verfolgen wollen. In den Köpfen werden dann noch die Jahresberichte der einzelnen Berufsgenossenschaften ausgestellt, darüber weitere Betrachtungen anzuknüpfen, kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein.

Die Steinbruchs- und Baugeschäftsaft (Sich Charlottenburg) hat sich in diesem Ausstellungsraum auch mit etlichen Objekten beteiligt. Wir finden einige Abbildungen über Steinbrüche mit tadelloser Abbaumeiße. Gezeigt werden unter anderem folgende Bilder:

- Tuffsteingrube Maidt (Nettetal);
- Sandsteinbruch Wandersleben (der unseres Wissens gar nicht mehr betrieben wird);
- Porphywerke „Eselstein“ bei Schriesheim;
- Sandsteinbruch Seeburg bei Gotha;
- Grauwacksteinbruch „Felsental“, der Bergisch-Märkischen Steinindustrie A.-G. gehörig.

In welcher vorrichts- und brüger Weise diverse Steinbrüche abgebaut werden, das zeigen allerdings die Bilder, die der Zentralverband deutscher Steinarbeiter im Gewerkschaftspavillon ausgestellt hat. Wir jachten bei der Steinbruchsberufsgenossenschaft wiederholt die Ziffern und Daten, die die Gefährlichkeit der Schieß- und Sprengarbeit demonstrieren. Wir fanden aber nichts.

Es ist für Kenner der Verhältnisse nicht angenehm, konstatieren zu müssen, daß die Steinbruchsberufsgenossenschaft bei dem, was sie zeigt, genau in denselben Fehler verfällt, den wir bei den Baugewerkschaften ebenfalls rügen mußten.

### Das Flußbaulaboratorium.

Das von Geh. Hofrat Engels-Dresden in der Königl. Sächsischen Technischen Hochschule errichtete Flußbaulaboratorium, das jetzt durch einen Neubau ersetzt wird, ist auf der Iba ausgestellt worden. Das Flußbaulaboratorium soll in erster Linie Beobachtungen auf einem bisher experimentell noch wenig betretenen Gebiet ermöglichen, das heißt Gelegenheit geben, die Wirkungen des fließenden Wassers auf die Gestaltung von Flußbauwerken zu erforschen. Alle Arbeiten, die der Ingenieur im Flußbau vorzunehmen hat, können nicht direkt, sondern nur indirekt durch die Beeinflussung der Tätigkeit des Wassers ihr Ziel erreichen. Die Arbeit des Wassers muß durch die Einbauten nach einer bestimmten Richtung hin geleitet werden. Die Wirkung der Bauwerke hängt somit von der Beeinflussung der Tätigkeit des Wassers ab.

Die Ausführung solcher Versuche kann bei natürlichen Wasserläufen nicht geschehen. Abzesehen von den Kosten können hier planmäßige Versuche nicht stattfinden. Das ist die Ursache, weswegen man sich zur Errichtung von Flußbaulaboratorien entschloß. Das älteste Flußbaulaboratorium ist das schon erwähnte des Professors an der Technischen Hochschule in Dresden, Geh. Hofrat Engels, dessen Arbeiten in kurzer Zeit die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung für den Flußbau erwiesen. Die Ergebnisse dieser Arbeit tragen wesentlich dazu bei, die voraussichtliche Wirkung von Flußbauwerken erkennen zu lassen. Auch die Befestigung der Flußbauten, speziell der Brückenpfeiler, hat diesen Versuchen besondere Fortschritte zu verdanken. So kostete der Steinbau zum Schutze der Pfeiler der Jordaner Weichselbrücke für jeden Pfeiler allein 46 000 Mk., und die Verjüngung des Laboratoriums, die eine Ausgabe von vielleicht 300 Mk. darstellte, haben nachgewiesen, daß man sich die gesamte Steinsetzung an den Fundamenten hätte ersparen können. Sie haben den Nachweis erbracht, daß eine Befestigung der Pfeiler nur unterhalb der Flußsohle nötig ist.

Im Flußbaulaboratorium der Internationalen Bauausstellung wird das Flußbett im allgemeinen im Gefälle von 3 Meter auf 1000 hergestellt. Das Flußbett ist in zwei Krümmungen durch den rechteckigen Behälter hindurchgelegt. Das Wasser strömt an dem einen Ende ein und fließt an dem anderen aus. Der Wasserzufluß wird durch besondere Vorrichtungen so reguliert, daß eine bestimmte Anzahl von Litern pro Sekunde durch den Querschnitt des künstlichen Flußbetts fließt. Nachdem das Wasser das Flußbett durchlaufen hat, wird es mittels einer Pumpe wiederum nach der Ausgangsöffnung geleitet. In dieses Flußbett werden nun in einem entsprechenden Maßstabe die Bauwerke in Modellen eingebaut, die zur Regulierung des Flusses, wie zum Schutze der Pfeiler, zur Befestigung des Flußbetts und zur Befestigung der Flußbauten dienen, ebenso Brückenpfeiler und andere Bauwerke, an denen sich dann die Wirkung des fließenden Wassers auf die Gründung des Bauwerkes beobachten läßt und so die Bewahrung der Flußbauten er-

### Schlussbemerkungen.

Aus den verschiedenen Kapiteln ging schon hervor, daß die Natursteinindustrie stark bedrängt wird. Das bedauern auch die Steinarbeiter. Die Monumentalindustrie wird sich ja halten können, ja sie hat durch die Beteiligung an der Ausstellung zweifellos neue Anregungen erhalten. Und soweit die Wirkung des polierten Granits in Frage kommt, können Surrogate wohl kaum aufkommen. Anders ist es mit der Werksteinverwendung. Die Iba zeigt uns hierin, wie weit wir mit der Verwendung von Imitationen schon gekommen sind. Massive Sockel und Treppen, reich profilierte Sockelbänke, Fenstergewände usw. sind in Granit zu einer wahren Seltenheit geworden. Wie es um die Verwendung von Sandstein steht, ist unsern Kollegen ja hinlänglich bekannt. In den einzelnen Distrikten wird ja nur periodenweise gearbeitet. Gehen Aufträge ein, so handelt es sich meist um glatte Arbeiten, bei denen die Steinmetzen wiederum nichts verdienen können. Die Verwendung des Marmors wird auch in Zukunft eine recht vielseitige sein, der Kunstmarmor kann dem Naturstein wohl kaum Abbruch tun. — In der Pflastersteinindustrie scheint man schon einzusehen, daß Erfolge nur zu erzielen sind, wenn Qualitätsware geliefert wird. Ueberdies wenden sich Straßenbaumeister mit großer Vorliebe der Verwendung des Kleinpflasters zu. Es mag ja zeitweise in dieser Branche mit dem Geschäftsgang stoden, aber an Pflastersteinmaterialien ist noch auf lange Jahre hinaus Bedarf vorhanden. Auch Schotter wird noch in riesigen Mengen verbraucht werden. Die Fabrikation der sogenannten Radaamaschinen wird sich ebenfalls lohnend gestalten. Die Hartsteinindustrie wird sich noch mehr den maschinellen Einrichtungen zuwenden müssen, die Bestrebungen sind darauf zu richten, daß in Betrieben, in denen Bauarbeit hergestellt wird, die Abfälle für Rollenherstellungen und Beschäftigungen abgesetzt werden können.

Ueberhaupt ist es ein großer Fehler, daß von den Industriellen für den Naturstein gar so wenig Propaganda gemacht wird. Das zeigt uns doch diese Ausstellung in so drastischer Weise. Wie neubelebend hätte es auf die einzelnen Gruppen in der Steinindustrie wirken können, wenn die Ausstellung ostentativ besichtigt worden wäre.

Weiter ist nicht zu verkennen, daß die Zement- und Betonbauindustriellen es in meisterhafter Weise verstehen, sich der Presse zu bedienen, und sich den Einfluß in privaten und amtlichen Kreisen zu sichern. Diese Routine fehlt vielfach unsern Steinbruchsbesitzern, welche ihre Niederlassungen draußen auf dem Lande haben, fast vollständig. Es fehlt ihnen der Weitblick, um die gesamte Steinindustrie in den Kreisen der Baubestellenden richtig zur Geltung bringen zu können.

Die Steinmetzen brauchen sich auch nicht mehr der Hoffnung hinzugeben, daß die goldenen Zeiten, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen waren, wiederkehren werden. Die Massenverwendung des Natursteins zu Fassadenteilen gehört der Vergangenheit an.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Zahl der beschäftigten Steinmetzen nachmals eine Reduzierung erleidet. Deshalb ist heute dringender als je Aufklärung gegenüber den Eltern notwendig, auf die schwankende Arbeitslosigkeit im Steinmetzberufe hinzuweisen.

Die Baumeister können ja ein Liedchen singen, wie ihnen der Eigenbeton zu schaffen macht. Auf dem Bezirkstag der schlesischen Baugewerksmeister zu Breslau am 27. August 1913 führte der Maurermeister Schmidt-Oppeln folgendes aus:

Das anschwellende Uebergreifen des Eisenbetonbaues auf allen Gebieten des Bauwesens darf uns mit berechtigter Sorge erfüllen. Es hat den Anschein, als ob dem Eisenbeton die Zukunft gehöre. Beim Anblick der Breslauer Jahrhunderthalle scheint die Bestürzung bereits zur Gewissheit geworden zu sein. Hier standen wir abseits, kein Maurer, kein Zimmermeister hat hier mitgewirkt. Wie uns bereits die Tief- und Wasserbauten verloren gingen, so gehen uns auch die Hoch- und Fabrikbauten verloren, unsere Tätigkeit beschränkt sich nur noch auf die Wohnungsbauten, die uns indessen in Amerika bereits freitig gemacht werden. Bei dieser Entwicklung geht das Handwerk zugrunde. Früher waren wir wenigstens noch die Ratgeber der Bauherren, heute sind es die Diplom-Ingenieure. Wir haben so wenig zu tun, weil uns der Einfluß fehlt. Auch die Lohnzahlungen sind zurückgegangen. In Oppeln zahlt eine Eisenbetonfirma mehr Löhne als das dortige Baugewerbe zusammen. Wir sind von der Entwicklung überrumpelt worden und müssen sorgen, daß wir nicht an die Wand gedrückt werden. Redner empfahl, die Eisenbetonbauweise ins Baugewerbe einzuführen.

Es sind große Spezialfirmen für das Betonbauwesen entstanden, welche sich in Zukunft noch mehr ausbreiten werden. Damit wird das gesamte Bauwesen einer großen Umwälzung unterworfen.

Soweit wir als Arbeiterorganisation in Betracht kommen, werden wir alle Bestrebungen für die Verwendung des Natursteins unterstützen. Auch die Regierungen werden sich befinden müssen, dazu beizutragen, daß besonders bei Staatsbauten, soweit es irgendwie in dem Rahmen der praktischen Möglichkeit liegt, Naturstein in weiterem Maße als bisher zu verwenden.

### Differenzen im schlesischen Sandsteingebiet.

Dem Urteil der Schiedskommission haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen.

Im Sandsteinbezirk Bunzlau, Radwiz, Wartzau und Umgebung wird wiederum durch das unkorrekte Verhalten der Unternehmer schwerwiegende Differenzen entstanden. Vor kurzem wurde ein Schiedspruch gefällt, daß an runden Säulen die Hilfsschläge, welche nötig sind, um die Kopffugen herstellen zu können, bezahlt werden sollen, und zwar mit 10 Pfg. pro laufender Meter. Es kommen dabei die Hilfsschläge an einer Längsseite in Betracht. Dieser Entschluß paßt anscheinend der Firma Feidler u. Wimmel nicht, und sie ließ Anweisung ergehen, diese Hilfsschläge nicht zu bezahlen. Herr Geschäftsführer Rüblich (Bunzlau) erklärte späterhin der Kommission, dieses Urteil hätten sich die Arbeitnehmer bei seiner „erschlichen“, nämlich, weil sie unzutreffende Angaben gemacht hätten. Dieses muß andererseits entchieden zurückgewiesen werden. Nun, weil die Unternehmer verpflichtet sind, diesen minimalen Beitrag von 10 Pfg. pro Meter zu bezahlen, deshalb ihre Entrüstung. Das Schiedsgerichtsurteil besteht, aber der Firma Feidler u. Wimmel blieb es vorbehalten, ohne Bedenken sich über diese Entscheidung hinwegzusetzen. Am 7. September tagte nun in Bunzlau eine starkbesuchte Distriktsversammlung, um gegen das unerhörte Vorgehen der genannten Firma Protest einzulegen. Die Dis-

ziplin verlief trotz der Erbitterung, welche unter die Kollegen seitens der Firma getragen wurde, in durchaus sachlicher Weise. Abgeordnete der Vertreter des Zentralvorstands erklärte unter großer Zustimmung, daß gegenüber dem Schiedsgericht Treu und Glauben schwinden müsse, wenn unternehmerseits ein Schiedspruch derart zu Fühen getreten würde. Es kamen sehr häufig Urteile zu Stande, welche in den Kollegenkreisen mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen wurden, aber die Arbeiter mühten sich diesen Schiedsprüchen fügen, sonst würde man uns Tarifbruch vorwerfen. Für eine so große Firma sei es überhaupt unverständlich, derart unklug zu handeln.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 7. September sehr starkbesuchte Steinarbeiterversammlung beschloß sich mit dem letzten gefällten Schiedsgerichtspruch. Der Steinmetztarif sagt klipp und klar, daß Schiedsprüche von beiden Parteien gehalten werden müssen. Das Vertrauen zum Schiedsgericht ist somit kein großes, weil schon verschiedene Urteile zustande kamen, welche dem praktischen Empfinden der Kollegen widersprachen. Wenn die Herren Arbeitgeber so weiter wirken, dann hat es beinahe keinen Zweck mehr, ein solches Schiedsgericht weiterbestehen zu lassen. Zum Schluß sei bemerkt, daß die Verbandsleitung dringend beauftragt wird, dem Schiedsgericht Geltung zu verschaffen. Weiterhin ist anzustreben, daß endlich für die Steinindustrie ein zentrales Schiedsgericht eingerichtet wird.

Durch das Vorgehen der Firma wird erreicht werden, daß die Kollegen, welche als Unternehmerbestreuer fungieren, ein Richteramt überhaupt nicht mehr ausüben werden. Warum, das ist leicht erklärlich. Wenn die Firma Feidler u. Wimmel gegen die Schiedsprüche opponiert, dann müssen sich ja die Kollegen fürchten, Urteile zu fällen, welche für die Steinmetzen günstig sind. Gegen eine solche Suggestion seitens der Firma müssen die Verbandsmitglieder schärfstens Verwahrung einlegen. Die Steinmetzen haben es nicht so leicht, Schiedsprüche außer Kurs zu setzen, man würde dann gleich über Tarifbruch wettern. Die Firma müßte, wenn sie glaubte im Rechte zu sein, eine Ueberprüfung des Schiedspruchs herbeiführen lassen, aber vorher die Beträge an die Steinmetzen auszahlen, laut Schiedspruch. Unverständlich ist, wenn nun jetzt die Herren Kollegen einen Rückzug machen mit der Begründung, sie hätten das Urteil nur mit Vorbehalt gefällt. Daraus geht ja schon hervor, welche Furcht die Herren vor den Unternehmern haben. Die Steinmetzen in Radwiz verweigerten zunächst die Säulen, da ließ es die Firma sofort zum äußersten kommen, und lehnte es ab, den Steinmetzen andre Werkstücke anzuweisen. Eine Aussperrung war ebenfalls geplant. Die Kollegen waren vernünftig genug, der Firma diesen Gefallen nicht zu tun. So, nun hat der Unternehmerverband das Wort, ob er es zulassen will, daß Schiedsprüche so ignoriert werden dürfen. In Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wurden die Säulen angefertigt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die beiden Verbände diese Angelegenheit endgültig durchführen sollen. Die Stimmung der Kollegen gegenüber den Unternehmern wird durch solche Vorkommnisse in Schlesien immer erregter, was aber nach Lage der Sache vollständig begreiflich erscheint.

Im Tarif steht, daß sich beide Teile dem Schiedspruch fügen müssen, die Unternehmer bestimmen sich aber, wie die Firma zeigt, nicht datum.

### Herr Mathias Fromm abermals blamiert.

„Wer allen alles traut, Dem kann man wenig trauen.“

Gessing.

Die christliche Keram- und Steinarbeiterzeitung hat mit ihren Angriffen auf den roten Steinarbeiterverband entschieden Recht. Herr Fromm ist um seine Stelle als Redakteur wirklich nicht zu beneiden. Im Vorjahre griff er unsern Vorstehenden, Kollegen Starke, in seiner sattem bekannten Manier an. Vor Gericht zitiert, bequeme sich der Wahrheitsstreiter Fromm, seine Beleidigung zurückzunehmen. — Sein Sieg in Sachen der Steinarbeiterredaktion ist noch allen in Erinnerung. Fromm erhielt in erster Instanz wegen Verleumdung der Beleidigung 300 Mk. Geldstrafe; er hofft in der zweiten Instanz eine Milderung des Urteils, weil er die Verleumdung nicht selbst geschrieben haben will. — Und nun hat Herr Mathias Fromm, welcher in seinem Verbands eine große Reihe Funktionen ausübt, abermals einen „neuen Sieg“ erstritten. Der „rote“ „Steinarbeiter“-Redaktion hat er es wieder einmal gesteckt, er, der biedere Mathias Fromm aus dem Oberbayerischen Lande. — In der Nr. 37 der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ hält er zu einem vernichtenden Schläge aus; er führt den Nachweis, daß wir eine Gewerkschaft mit einem Januskopfe seien. Mathias Fromm hat nun wahrhaftig den Beweis in den Händen, daß die christlichen Steinarbeiter, welche bisher den Vorzug des schwarzen Verbändchens nicht anerkennen wollten — von den roten Führern irreführt wurden. Fromm argumentiert also folgendermaßen:

Die Nr. 33 des „Steinarbeiter“ vom 16. August ist in zwei Ausgaben erschienen. Die eine Ausgabe enthält als Leitartikel: Wahrheit und Stärke eure Menschenwürde; die zweite Ausgabe ist mit Trauerand erschienen und enthält den Nekrolog Bebel's. Die Ausgabe Nr. 1 ist für die Gegenden bestimmt gewesen, so schreibt der schlaue Mathias Fromm, in denen auch Mitglieder des Keramarbeiterverbandes ihre Zelte aufgeschlagen hätten, während die Bebel-Kummer nur für die „Genossen“ bestimmt war. — Fromm tut diesmal insoweit das feine, indem er die zwei Ausgaben reproduzieren ließ und in seiner Zeitung veröffentlicht. Dadurch setzt er seinen Lesern nun einmal zwei Leitartikel aus dem „Steinarbeiter“ vor. Die Zentrumsgewerkschaftler werden sich darüber hoffentlich sehr freuen haben, daß Mathias Fromm anfängt, „sozialistisch“ Leitartikel abzuhandeln. Ueberdies enthält die Ausgabe, welche für die christlichen Gegenden (nach der Definition Fromms) bestimmt gemeint sein soll, ein recht symbolisches Epigramm, welches heißt:

Du sollst dich nicht treten lassen,  
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen,  
Du sollst dich nicht ausaugen lassen,  
Du sollst den Sklavensinn von dir tun,  
Du sollst die Anechtbarkeit von dir tun,  
Du sollst dich nicht büden vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als du!

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 38.

Sonnabend, den 20. September 1913.

17. Jahrgang.

## Massenstreik und Gewerkschaften.

I.

Die Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik ergibt sich aus dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Ist dieses ein günstiges, so kann es auch um den Massenstreik, durch welche Ursachen er immer hervorgerufen werden mag, nicht schlecht bestellt sein. Dieses Verhältnis zu einem immer innigeren zu gestalten, muß daher die Aufgabe derer sein, die die Zustände auf politischem Gebiete schneller als bisher zu fördern bestrebt sind. Das von einigen Kritikern beliebte blöde Geschimpfe auf die Gewerkschaftsführer, die der Massenstreikbewegung angeblich hindernd im Wege stehen, wird zwar diese nicht abhalten, nach wie vor auch zur Stärkung der Partei beizutragen, wohl aber muß das kameradschaftliche Verhältnis zwischen Massen und Führern darunter leiden, was wieder für die Bewegung selbst von größtem Nachteil ist. Das so notwendige Vertrauen zu den Führern vermindert sich in Mißtrauen und dieses wirkt lähmend auf jeglichen Fortschritt. Maßstäbe der Führer werden mißtraulich aufgenommen und falls sie zum Beschluß gelangen, so werden sie nur widerwillig befolgt. Mag das Mißtrauen eine „demokratische Tugend“ sein, für den gewerkschaftlichen Kampf ist es ein Gift, welches, wie in der Heilkunde, in Ausnahmefällen vielleicht angewandt werden muß, aber in allgemeinen brauchen wir nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen. Die Gewerkschaftsführer sind sämtlich aus der Kleinarbeit hervorgegangen. Ihr ständiger Umgang mit den Mitgliedern sorgt dafür, daß die Fühlung zwischen Massen und Führern nicht verloren geht. Sie sind daher auch die besten Beurteiler der Stimmung der Massen. Wenn die Stimmung von einzelnen Parteiführern anders beurteilt wird, so lassen sie sich durch momentane Wirkungen ihrer Reden täuschen, und es ist sicher besser, über eine Täuschung rechtzeitig aufgeklärt zu werden, als eine durch sie bewirkte Enttäuschung zu erleben. Kritikern sind wir ja schließlich alle unterworfen, aber wenn man der Masse stets „den gesunden Sinn“ nachrühmt, so kann man nicht den aus der Masse hervorgegangenen Führern Unfähigkeit, Feigheit oder gar, soweit sie angestellte Beamte sind und als solche für ihre Arbeit entlohnt werden, Eignungslosigkeit vorwerfen, wenn sie unferer Stillern und Drängern nicht gleich unbedingte Gefolgschaft leisten.

Trotz der Selbständigkeit beider Bewegungen, trotz der so vielfach angekindeten Neutralität der Gewerkschaften, sind beide durch ein geistiges Band eng verknüpft. Sie sind eben, was sie sein müssen, zwei selbständige sich ergänzende Bewegungen. Überall zeigt sich die enge Mitwirkung der Gewerkschaften zur Verbreitung unserer Ideen und zur Erreichung unserer sozialistischen Ideale. Von Mund zu Mund geht das gefprochene Wort, von Haus zu Haus das geschriebene in Millionen von Flugblättern. Vielfach sind unsere Funktionäre gleichzeitig als Bezirksführer und Vorstandsmitglieder in den Vorkommnissen tätig, und wo es gilt, unsere Macht zu entfalten durch Beeinflussung der Gesetzgebung und durch Wahrnehmung der bestehenden Rechte in Staat und Kommune, überall sehen Gewerkschafts- wie Parteigenossen ihren Mann. Armen, Waisen, Schul- und Steuerkommissionen sind zum großen Teil mit aus Gewerkschaften zusammengesetzt, und in den Parlamenten von Kommune, Staat und Reich sieht mancher „Stadtwater“ und Abgeordneter, der in der Gewerkschaftsbewegung das politische ABC gelernt hat. Besteht doch letzteres gewissermaßen in der Einsicht, daß die eine Bewegung ohne die andere nicht auskommen kann und das durch das Gegenseitigkeitsverhältnis beide Teile groß und stark geworden sind und nur durch die Fühlungsverhaltung desselben weitere Erfolge erzielen können.

Erfolge? — Wer nicht mit Blindheit und Taubheit geschlagen ist, muß sie wahrnehmen. Zunächst auf politischem Gebiet. Keine Gesetzesvorlage, weder von der Regierung, noch von den herrschenden Parteien, wird eingebracht, ohne die Prüfung ihrer Wirkung auf die organisierte Arbeiterschaft. Die ganze Sozialgesetzgebung ist nur auf ihr Drängen zustande gekommen. Von unserer Partei eingebrachte Urträge wurden zwar von den Gegnern abgelehnt, lehnten jedoch nicht selten in veränderter Form durch diese selbst wieder ab und wurden dann angenommen, oft gegen die Stimmen unserer Vertreter, weil das Gebotene ihnen nicht weitgehend genug war. — Was durch die Gesetzgebung noch nicht erreicht werden konnte, haben sich die Gewerkschaften vielfach im wirtschaftlichen Kampf von den Unternehmern errungen. Aus den kumpffälligen Arbeitsklassen früherer Generationen ist eine Elite hervorgegangen, welche sich ihr Mißbestimmungsrecht bei der Festsetzung des Arbeitslohns, der Arbeitszeit und sonstiger Arbeitsbedingungen erkämpft hat. Das Tarifwesen hat eine Bedeutung erlangt, welche weit über den Rahmen der abschließenden Parteien hinausragt. Auch die Unorganisierten sind in ihrer Verbindung feindselig organisierten Arbeiter genossen den Vorteil der gewerkschaftlichen Errungenschaften. Gegenseitig erschöpfen sich nicht in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In allen Wechselfällen des Lebens ist die Organisation zur Stütze der Arbeiterschaft geworden. Millionen Markt werden alljährlich zur Forderung des durch Krankheit und Arbeitslosigkeit entstandenen Elends aufgewandt. Ein Netz von Sekretariaten kann sich über das ganze Reich und gewährt den Rechtshilfen unentgeltlich; Auskunfts- und Vertretung ihrer berechtigten Ansprüche vor den zuständigen Behörden. Einen anderen wichtigen Faktor zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats bilden die Genossenschaften. Auf den verödeten Gebieten suchen sie die Unabhängigkeit von Privatkapital herbeizuführen. Das Wachstum der Rentier-, Produktiv- und Baugenossenschaften zeigt den Willen der Massen, sich auf die Uebernahme der wirtschaftlichen Funktionen des Kapitalismus vorzubereiten. Und das Zurückbleiben der Gegner bei der Geburt des neuesten Sprößlings gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Vorgehens, der Volkspflege, beweist, daß sie an der empfindlichsten Stelle, dem Profit, getroffen und wir also auch hier auf dem richtigen Wege sind.

Sind in Hand mit dem Kampf um die wirtschaftliche Existenz gehen die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. Große Organisationen haben sich die Erziehung des Volkes zu einem Ziel gesetzt. Das Karriell der Freien Volksschulen Berlin z. B. umfaßt eine Mitgliederzahl von rund 70.000. Die Kunst dem Volke — ist ihre Devise. Die Pflege des freizeithlichen Gelanges findet ihre Stätte in unzähligen Vereinen. Auch der gesunde Sport kommt in der Arbeiterschaft zur Geltung. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper — sagen unsere Turner. Bibliotheken, selbstgeleitete Schulen suchen die Läden, welche die mangelhafte Ausbildung in den Volksschulen zurückgelassen, auszufüllen. Alles in allem — welche gewaltige Unterschiede zwischen einst und jetzt — zwischen der Arbeiterschaft von heute und der vor 50 Jahren, der Zeit des Beginns der modernen Arbeiterbewegung. Jenen waren die Schätze der Kunst, Wissenschaft, Literatur ein Buch mit sieben Siegeln — heute flüchten sich angesehene Künstler, Gelehrte unter die Fittiche der organisierten Arbeiterschaft. — Können wir nicht ohne Ueberhebung sagen, daß wir uns eine beschreibende Anteilnahme an den Kulturwerten der Menschheit bereits erkämpft haben? — Muß uns die Anerkennung dieser gigantischen Kulturarbeit nicht mit berechtigtem Stolz erfüllen? — Gaben wir angedeutet dieser Erfolge Veranlassung, ständig über die Rückständigkeit unserer Bewegung zu jammern, weil uns das Erreichte selbstverständlich noch nicht befriedigen kann, weil das Ziel unserer Wünsche noch nicht in greifbarer Nähe gerückt ist? — Gaben wir nicht vielmehr allen Anlaß, unsern Volksgenossen die Erfolge unserer Bewegung zum Bewußtsein zu bringen, um sie hierdurch anzuspornen zu allseitiger reger Mitarbeit, der Vorbedingung zu weiteren Erfolgen und schließlich Ueberwindung des Kapitalismus?

Die Bedingung für jeglichen Fortschritt und bleibende Erfolge ist eine starke Organisation. Zeigt sich ein Rückgang in der Zahl der Organisierten, so haben wir die Ursache objektiv zu prüfen. Wenn gegenwärtig die Mitgliederzahlen der Partei zurückgegangen sind oder einen Stillstand aufweisen, so scheint uns die wirtschaftliche Depression eine genügende Erklärung hierfür zu geben. Auch das ist erklärlich, daß zunächst nur die Partei von der Stagnation betroffen ist, während die Gewerkschaften von derselben noch verschont bleiben. Der in Not geratene Arbeiter entschloß sich zuerst der Dinge, deren Verlust keine persönlichen Nachteile für ihn im Gefolge hat. Er wehst genau, daß seine Interessen auch während der Unterbrechung seiner Mitgliedschaft von der Partei vertreten werden und die Presse fließt er während der kritischen Zeit mit dem gleichen Interesse weiter, ohne Absonnerung zu sein. Anders liegt es bei den Gewerkschaften. Werden keine allgemeinen Interessen auch von dieser weiter vertreten, so ist doch sein Austritt mit finanziellen Nachteilen für ihn verbunden. Hier sind die Unterstützungseinrichtungen zu einem nicht zu unterschätzenden Hindernis geworden. Natürlich darf der Wert der Unterstützungseinrichtungen auch nicht überschätzt werden. Das entscheidende Element einer Bewegung ist der in ihr herrschende Geist. Ohne Begeisterung für eine Sache in den Kampf zu ziehen, ist ein gefährliches Experiment, welches den Stempel wahrheitsloser Ausschüßlosigkeit schon vor dem Beginn trägt. Begeisterung läßt sich nicht künstlich herbeiführen, am allerwenigsten in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Da kommen nun einige Kritiker her und sagen: „Nicht die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sind schuld an der Stagnation, sondern die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der „Passivität“ der leitenden Kreise. Die bisherigen Mittel genügen nicht, um die Bewegung in Fluß zu halten, die alten Waffen taugen nichts mehr, eine Neubewaffnung ist notwendig.“ Prüfen wir die Argumente. Der Kampf ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Die Waffe spielt eine untergeordnete Bedeutung. Wie die höchste Streikunterstützung nicht allein in der Lage ist, den siegreichen Ausgang eines Kampfes zu gewährleisten, so kann auch die stärkste Waffe nichts ausrichten, wenn sie nicht mit Begeisterung geführt wird. Nicht die Waffe erzeugt den Geist, sondern der Geist ist die unerlässliche Vorbedingung für das Gelingen des Kampfes. Fehlt die Begeisterung für einen Kampf, so fehlt eben die notwendige Voraussetzung für den Sieg. Wohl durch die Anpreisung einer bestimmten Waffe, eines stärkeren Geschüßes, wird die geistige Befassung eines Heeres nicht berührt. Dazu bedarf es anderer Mittel. Eindringen mit dem Geist der Begeisterung in die Tiefen der Unwissenheit, Aufklärung verbreiten über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge unserer Zustände, nicht nur durch die Hervorhebung der Schäden, sondern auch durch gerechte Anerkennung des im Kampfe bereits Erreichten, sowie durch Belehrung über die Ursachen der Erfolge. Mit der Herabsetzung unserer Erfolge und unserer Bewegung überhaupt lassen sich neue Kämpfer nicht anwerben, während sogenannte Milläner durch ein solches Gebaren abgeholt werden.

Sind wir denn wirklich auf dem toten Punkt angelangt, wie uns einige Kritiker allen Ernstes versichern? Fehlen uns die Vorbedingungen für einen weiteren Fortschritt? Können wir unter dem bestehenden Recht keine Erfolge mehr erzielen? Können wir unsere Organisationen nicht bis zur Unübersehbarkeit ausdehnen? — Das Koalitionsrecht gibt uns die Möglichkeit hierzu. Was vermöchten wohl Polizei und Gendarmen, wenn nur die Proletariermassen einig wären. Nicht die herrschende Klasse ist schuld an dem „langsamem“ Aufstieg, sondern die Massen sind es, die uns die Gefolgschaft verlagern. Nicht die Art unseres Kampfes hielt und hält sie von uns fern, sondern die Unlust, der Mangel an Einsicht über die Notwendigkeit des Kampfes. Nicht durch den Kampf selbst sind die noch Fernstehenden zu gewinnen, sondern durch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit desselben. Wohl wird es einer Mehrheit gelingen, die Minderheit mitzureißen, was selbst bei einem eventuellen Abfall der Wandlungsmittigen in der Stunde der Gefahr nicht allzu gefährlich werden kann, aber umgekehrt heße es sich auf die Schwäche stützen, wollten wir uns auf die Unorganisierten verlassen. Nur im Zusammenfluß liegt unsere Stärke.

Das haben unsere Gegner denn auch längst erkannt. Daher ist Sturmlauf gegen das Koalitionsrecht. Deshalb der Schrei nach Polizei, nach Schutz für die Arbeitswilligen. Arbeitswilligensschutz sagt man — Unternehmensschutz meint man. Natürlich finden die Unternehmer bei den Polizeibehörden das bereitwilligste Entgegenkommen und nicht selten werden angelegliche Uebertragungen des § 159 der Gewerbeordnung schwer geahndet. Ein Übriges bejagt dann die bürgerliche Presse. Wo es einigen Eingekerkerten, diesem Auswurf der Menschheit, einmal gelungen ist, durch ihre Provokationen den Gebuldsfaden organisierter Arbeiter zu zerreißen, da wird es sicherlich die bürgerliche Presse nicht versäumen, über den Terrorismus der organisierten Arbeiterschaft zu heulen. Die Abhilfe dieses Wanders ist, die Regierung scharf zu machen, sie zu veranlassen, bestehende Gesetze scharfer in Anwendung zu bringen und wenn möglich, Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zu schaffen. Und der Einfluss der Industriegewaltigen steht dem der Agrarier durchaus nicht nach. Bis in die höchsten Etagen der Verwaltung sind die Herrschaften miteinander verflochten und verschwägert. Ehemalige Minister usw. finden man in den Aufsichtsräten großindustrieller Unternehmungen wieder, und selbst Fürstbischöfe sind mit ihren Kapitalien an industriellen Unternehmungen beteiligt. Noch größer als der persönliche Einfluss ist der, welchen die Herren in den Parlamenten ausüben in der Lage sind. Selbst in dem auf dem allgemeinen gleichem Wahlsrecht beruhenden Reichstag kommt der Volkswille infolge der Ungleichheit der Wahlkreise nur geringfügig zum Ausdruck, von dem elenden Selbstschicksal zum preussischen Landtag ganz zu schweigen.

Deshalb darf man aber nicht den Parlamentarismus selbst verwerfen. Die im gewerkschaftlichen Leben erst der Verhandlungswege erschöpft und erst dann gestreikt wird, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind, d. h. eine genügende Stärke der Organisation und die Aussicht auf Erfolg, so muß auch auf politischem Gebiet der friedliche Weg beschritten und so lange benutzt werden, bis wir die Macht erreicht haben, Zwangsmaßnahmen in Anwendung zu bringen. — Aber „wir wollen ja gar keine Gewalt anwenden“, wird man einwenden. Selbstverständlich nicht. Aber Gewalttate werden unvermeidlich sein. Ein friedlicher Massenstreik ist bei uns unbedenklich. Wir gehen nicht die Sympathie des Liberalismus, wie die bürgerlichen Arbeiter, sondern bei uns ist alles gegen uns, und der Gegensatz zwischen den beiden großen Lagern — Arbeit und Kapital — wird sich nur noch mehr zuspitzen. Von einer statutarischen Streikunterstützung aus den Organisationsklassen kann bei einem Massenstreik natürlich auch keine Rede sein. So wären die Streikenden also völlig auf sich allein angewiesen. Ein Maß von Opfermut muß von jedem Einzelnen im Falle eines Massenstreiks verlangt werden, welches nur zu erwarten ist von denen, denen der Zweck der Bewegung in Fleisch und Blut übergegangen ist, dazu eine eiserne Disziplin, nicht im militärischen Sinne, sondern in dem der Unterordnung unter die selbstgeschaffenen Gesetze. Wenn die Massen mit Inzurrendem Magen auf die Straße gehen, so sind Provokationen und ihre Folgen in unserm Polizei- und Militärstaat unausbleiblich. Und nichts Schöneres wünschen ja unsere Reaktionsäre. Sie möchten schon lang unsere Bewegung im Blute erstickt. Oder werden sie sich täuschen in Bezug auf die Zuverlässigkeit des Militärs? — Ist unser Nachwuchs bereits im sozialistischen Geist erzogen? Wird sich das Militär weigern, „auf Vater und Mutter“ zu schießen? Die Hoffnung hierauf zu setzen, dürfte etwas verfrüht sein. Könnte z. B. die bürgerliche Jugendbewegung der proletarischen Jugendbewegung

nennenswerte Konkurrenz machen, wenn der sozialistische Geist in den Arbeiterfamilien auch nur ein bißchen mehr Eingang gefunden hätte. Sind es nicht Arbeiterkinder, welche in allen möglichen Klimbimvereinen ihre Langeweile vertreiben, anstatt sich der freien Jugendbewegung anzuschließen? Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. An Stelle des Gebärtschreies, der in Berlin in letzter Zeit viel besprochen wurde, lege man die sozialistische Erziehung der Kinder. Nur der Kampf mit geistigen Waffen, der die Bewegung auf die jetzige Höhe gebracht hat, kann uns auch im jetzigen Zeitalter der Maschinenewehre vorwärts bringen.

Gut und Blut für die Allgemeinheit einzusetzen, ist zwar das höchste Ideal, aber das Leben ohne Aussicht auf Erfolg aufs Spiel setzen, wäre politischer Selbstmord.

## Die Petitionen des Herrn Schedel.

Vor einiger Zeit verkündete der Bezirksleiter des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes in Würzburg in der Generalanzeige- und der Zentrumspresse Interferenzen, daß er Petitionen an das preussische Kriegsministerium und an die bayrische Regierung gerichtet habe, damit vor allen Dingen Sandstein aus dem Maintal zu den neuen Militärbauten verwandt würde. Ob die Petition anders ausfiel, als diejenige ans badische Ministerium, muß erst noch festgestellt werden. Die reklamanten Zeitungsnotizen lassen jedoch nur den Schluss zu, daß es ihm vorwiegend um die Agitation zu tun war, damit der in der Steinindustrie unbedeutende Verband wieder etwas zur Geltung kommt.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands betreibt Jahr aus Jahr ein eine lebhaft propagandistische für den Naturstein, der ja bekanntlich durch die veränderte Bauweise an Absatz verloren hat, ohne jedoch ein bestimmtes Material oder das eines Gebietes besonders zu empfehlen. Die Steinarbeiter, ganz gleich wo sie beschäftigt sind und wie über überhaupt organisiert, haben als Staatsbürger ein Recht auf Arbeit. Die Industrie wieder zu haben und zu fördern, ist lediglich das Motiv, das den Steinarbeiterverband veranlaßt, nach der Richtung hin tätig zu sein.

Der christliche Verband geht jedoch von anderen Gesichtspunkten aus und zwar, wie schon erwähnt, von dem der Agitation. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß alle die eventuellen neuen Militärbauten in dem engeren Bezirk des Maintales und zwar in Preubenberg, Neuenberg, Boxtal und Wandfeld, denn nur in diesen Orten Badens sind die Sandsteinarbeiter in nennenswerter Zahl christlich organisiert, angefertigt werden. Diese Steinarbeiter sollen außerordentlich königstreu und vaterländisch gesinnt und bereit sein, die größten Opfer für des Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt zu bringen. Im Zentrumsinne natürlich! Die Pfarrherren in den obengenannten Orten bulden in ihren Domänen eine andere politische Gesinnung überhaupt nicht, und die Steinarbeiter sinnen sich auch dem willig. Die christlich organisierten Steinarbeiter können sich aber auch besonders beim Zentrum für ihre berufliche Berücksichtigung bedanken. Vor einigen Jahren erließ ein Führer des Zentrums im bayrischen Landtag, daß seine Partei dafür sorgen würde, daß ein Bauwerk wie der Münchener Bahnhof, der beinahe vollständig massiv aus Naturstein ist, in Bayern nicht mehr gebaut würde. Die bayrische Regierung (Ministerium des Innern) hat im Vorjahre einen Erlaß an die ihm unterstellten Behörden herausgegeben, nach Möglichkeit an den Neubauten zur Förderung der heimischen Steinindustrie Naturstein zu verwenden. Dies sollte lediglich ein Trost für die Steinindustriellen und die Arbeiter sein, denn an den meisten neueren Staatsbauten sucht man vergeblich den Naturstein.

Das interessanteste und lägenhafteste enthält der Schlußsatz der Petition, wo gesagt ist, daß ein Tarifvertrag für die badischen Maintal- und Steinarbeiter abgeschlossen sei, der beide Teile, Arbeiter und Arbeiter, „befriedige“. Sollte der christliche Keram- und Steinarbeiterverband seinen Maintalmitgliedern die Petition zur Kenntnis bringen, was natürlich sehr zu begehren ist, so werden sie sicherlich über das Eingeständnis ihres Sekretärs gerabazuläunen. Der für das Maintal abgeschlossene Tarifvertrag entspricht weder den Arbeitern noch den Organisationsleitungen. Die Arbeitgeber des Maintales, die in der Mehrzahl schwerreiche Leute sind, sind allerdings außerordentlich mit dem Tarife zufrieden. Im Jahre 1911 wurde einige Wochen gestreikt und in diesem Jahre fand eine längere Ausperrung statt, da sich die Arbeiter mit dem Tarife nicht abfinden wollten. Die christlich organisierten Steinarbeiter kämpften gemeinsam mit den frei organisierten, und heute müssen sich die ersten von ihren Führern lassen, daß der Tarif beide Teile befriedigt. Bei den letzten Tarifverhandlungen und insbesondere den Kollegen gegenüber gebärdeten sich die christlichen Führer ungeheuer radikal, anscheinend aus Agitationsgründen; aus der Petition ist aber zu ersehen, daß sie von allem recht „befriedigt“ sind. Es dauert nicht mehr lange und so gleichen sie auch den katholischen Facharbeitern. Arbeiterorganisationen, die danach streben, ihre Ziele anstatt auf geradem Wege auf dem Krummen zu erreichen, verdienen keinerlei Beachtung. Die Eingabe an die badische Regierung zeigt, daß die christlichen Organisationen sich überall anheben und anders organisierte Arbeiter verleumden. Im „Badischen Beobachter“ suchen sich nun die Christlichen wegen ihrer so eigenartig begünstigten Petition reinzuwaschen. Es wird dort geschrieben:

Die Eingabe wäre, wenn sie Erfolg haben sollte, somit auch den sozialdemokratisch organisierten Steinarbeitern zugute gekommen. Der christliche Steinarbeiterverband suchte durch seine Eingabe lediglich der in der badischen Steinindustrie herrschenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Er wollte den arbeitslosen Steinarbeitern, ob christlich oder sozialdemokratisch organisiert, Arbeit verschaffen, die sozialdemokratische „Vollmacht“ in Freiburg aber nimmt gegen diese Eingabe Stellung. Wir bitten unsere Freunde allerorts, den badischen Steinarbeitern zu sagen, was sie von der sozialdemokratischen Partei im kommenden Landtag zu gewärtigen haben.

Diese Notiz, welche zweifellos von einem christlichen Sekretär ausgearbeitet ist, ist direkt irreführend. Herr Schedel (Würzburg) schrieb nämlich in seiner Petition — aus reiner Christenliebe wahrheitsgemäß — folgendes:

Die hier in Frage kommenden Steinarbeiter sind zum großen Teil christlich und national organisiert. Nahezu sämtliche Steinarbeiter sind königstreu und vaterländisch gesinnt. Wiederholt haben sie ungeachtet der raffinierten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie Verständnis für die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hochm Grobheit, bad. Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Schedel hat in seiner Petition unsere Mitglieder in der unerhöflichsten Weise beschimpft. Und nun heißt es im „Badischen Beobachter“, die Petition sollte auch den „rot“ organisierten Steinarbeitern Arbeit verschaffen. Wer kann denn das nur glauben, wenn man vorstehendes Zitat liest. Die Christen glauben Einbruch zu erwecken, wenn sie bei jeder Gelegenheit ihre nationale Gesinnung herausstrecken. In Versammlungen um sie es tugendhafte: treten sie vor die Scharn des Gerichts, zu erleben wir dasselbe. Herr Schedel hat wahrheitsgemäß nicht gedacht, daß seine Petition ans Tageslicht kommt, er wird davon wenig erbaut sein.

Eine Reihe von Baugeschäften unterhalten bekanntlich auch Steinmetzbetriebe, aber das Hauptgeschäft mit dem Nebenbetrieb wird dann der Baugewerksberufsgenossenschaft unterstellt. Wir haben uns aus den Jahresberichten die Aufzeichnungen herausgezogen und fanden, daß nachstehende Steinmetzbetriebe und Arbeiter folgenden Baugewerksberufsgenossenschaften unterstellt sind:

Baugewerksberufsgenossenschaften	Steinbruch- und Steinmetzbetriebe	Zahl der Arbeiter	Lohnsumme in Mark
Nordöstliche (5 Sektionen)	580	4318	4 388 034
Hamburgische (5 Sektionen)	157	2181	2 840 007
Sächsische (4 Sektionen)	180	1926	1 105 450
Niederrheinische (4 Sektionen)	?	?	914 025
Magdeburgerische (3 Sekt.)	?	?	?
Sächsische (8 Sektionen)	?	5958	4 061 824
Sächsisch-Maschauerische (7 Sekt.)	443	1803	2 332 080
Schlesische (4 Sektionen)	?	?	?
Westfälische (7 Sektionen)	?	4101	4 002 195
Württembergische (4 Sekt.)	179	578	?
Südwestliche (6 Sektionen)	515	?	672 903
*Bayrische (5 Sektionen)	?	?	?

\* Angaben waren nicht aufzufinden.

Die schlechte Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen im Baugewerbe ist so bekannt, daß es direkt auffällig ist, daß die Berufsgenossenschaften nicht einige Bilder, die vornehmlich auf die Unternehmer abzusprechend wirken sollen, zur Ausstellung brachten. Dessen sind wir sicher, daß in den Archiven der Genossenschaftsbüros, um diese Zustände zu illustrieren, überaus reichliches Material vorhanden sein würde.

Gerade das Modell mit seinen Einrichtungen zeigt am besten, wie berechtigt die Forderungen der Bauarbeiter für einheitliche Gerüstvorschriften sind. Sicherlich haben die Berufsgenossenschaften mit der Herstellung des Modells eine solche Absicht unter keinen Umständen verfolgen wollen. In den Kojen werden dann noch die Jahresberichte der einzelnen Berufsgenossenschaften ausgestellt, darüber weitere Betrachtungen anzuknüpfen, kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein.

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft (Sitz Charlottenburg) hat sich in diesem Ausstellungsraum auch mit etlichen Objekten beteiligt. Wir finden einige Abbildungen über Steinbrüche mit tadelloser Abbaumethode. Gezeigt werden unter anderem folgende Bilder:

- Tuffsteingrube Klaidt (Nettetal);
- Sandsteinbruch Wandersleben (der unjeres Wissens gar nicht mehr betrieben wird);
- Porphyrrwerke „Edelstein“ bei Schriesheim;
- Sandsteinbruch Seeberg bei Gotha;
- Grauwacksteinbruch „Felsental“, der Bergisch-Märkischen Steinindustrie A.-G. gehörig.

In welcher vorwärts wärtiger Weise diverse Steinbrüche abgebaut werden, das zeigen allerdings die Bilder, die der Zentralverband deutscher Steinarbeiter im Gemerkschaftspanillon ausgestellt hat. Wir sahen bei der Steinbruchsberufsgenossenschaft wiederholt die Ziffern und Daten, die die Gefährlichkeit der Schieß- und Sprengarbeit demonstrieren. Wir fanden aber nichts.

Es ist für Kenner der Verhältnisse nicht angenehm, konstatieren zu müssen, daß die Steinbruchsberufsgenossenschaft bei dem, was sie zeigt, genau in denselben Fehler verfällt, den wir bei den Baugewerksberufsgenossenschaften ebenfalls tügen mußten.

**Das Flugbaulaboratorium.**

Das von Geh. Hofrat Engels-Dresden in der Königl. Sächsischen Technischen Hochschule errichtete Flugbaulaboratorium, das jetzt durch einen Neubau ersetzt wird, ist auf der Iba ausgestellt worden. Das Flugbaulaboratorium soll in erster Linie Beobachtungen auf einem bisher experimentell noch wenig betretenen Gebiet ermöglichen, das heißt Gelegenheit geben, die Wirkungen des fließenden Wassers auf die Gestaltung der beweglichen Flüssigkeit ohne und mit Einwirkung von Flugbauwerken zu erforschen. Alle Arbeiten, die der Ingenieur im Flugbau vorzunehmen hat, können nicht direkt, sondern nur indirekt durch die Beeinflussung der Tätigkeit des Wassers ihr Ziel erreichen. Die Arbeit des Wassers muß durch die Einbauten nach einer bestimmten Richtung hin geleitet werden. Die Wirkung der Bauwerke hängt somit von der Beeinflussung der Tätigkeit des Wassers ab.

Die Ausführung solcher Versuche kann bei natürlichen Wasserläufen nicht geschehen. Abgesehen von den Kosten können hier planmäßige Versuche nicht stattfinden. Das ist die Ursache, weswegen man sich zur Errichtung von Flugbaulaboratorien entschloß. Das älteste Flugbaulaboratorium ist das schon erwähnte des Professors an der Technischen Hochschule in Dresden, Geh. Hofrat Engels, dessen Arbeiten in kurzer Zeit die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung für den Flugbau erwiesen. Die Ergebnisse dieser Arbeit tragen wesentlich dazu bei, die voraussichtliche Wirkung von Maßregulierungen erkennen zu lassen. Auch die Befestigung der Flugbauten, speziell der Brückenpfeiler, hat diesen Versuchen besondere Fortschritte zu verdanken. So löstete der Steinbruch zum Schutze der Pfeiler der Jordaner Weichselbrücke für jeden Pfeiler allein 46 000 Mk., und die Versuche des Laboratoriums, die eine Ausgabe von vielleicht 300 Mk. betrafen, haben nachgewiesen, daß man sich die gesamte Steinbruchsleistung an den Fundamenten hätte ersparen können. Sie haben den Nachweis erbracht, daß eine Befestigung der Pfeiler nur unterhalb der Flugschleife nötig ist.

Im Flugbaulaboratorium der Internationalen Bauausstellung wird das Flugbett im allgemeinen im Gefälle von 1 Meter auf 1000 hergestellt. Das Flugbett ist in zwei Abteilungen durch den rechtwinkligen Behälter hindurchgelegt. Das Wasser kommt an dem rechten Ende ein und fließt an dem linken aus. Der Wasserlauf wird durch besondere Vorrichtungen so reguliert, daß eine bestimmte Anzahl von Litern pro Sekunde durch den Längsschnitt des künstlichen Flusses fließt. Nachdem das Wasser das Flugbett durchlaufen hat, wird es mittels einer Pumpe wiederum nach der Ausgangsseite befördert. In dieses Flugbett werden nun in einem entsprechenden Maßstabe die Bauwerke in Modellen eingesetzt, die zur Regulierung des Flusses, wie zum Schutze der Pfeiler, Brückenpfeiler, an denen sich dann die Wirkung des Windes auf die Gründung des Bauwerkes beobachten lassen und so die Bewahrung der Flugbauten erfordern.

**Schlussbemerkungen.**

Aus den verschiedenen Kapiteln ging schon hervor, daß die Natursteinindustrie stark bedrängt wird. Das bedauern auch die Steinarbeiter. Die Monumentalindustrie wird sich ja halten können, ja sie hat durch die Beteiligung an der Ausstellung zweifellos neue Anregungen erhalten. Und soweit die Wirkung des polierten Granits in Frage kommt, können Surrogate wohl kaum auskommen. Anders ist es mit der Werksteinindustrie. Die Iba zeigt uns hierin, wie weit wir mit der Verwendung von Imitationen schon gekommen sind. Maffroc Sotel und Treppen, reich profilierte Sockelbänke, Fenstergewände usw. sind in Granit zu einer wahren Seltenheit geworden. Wie es um die Verwendung von Sandstein steht, ist unsern Kollegen ja hinlänglich bekannt. In den einzelnen Distrikten wird ja nur periodenweise gearbeitet. Gehten Aufträge ein, so handelt es sich meist um glatte Arbeiten, bei denen die Steinmetzen wiederum nichts verdienen können. Die Verwendung des Marmors wird auch in Zukunft eine recht vielseitige sein, der Kunstmarmor kann dem Naturstein wohl kaum Abbruch tun. — In der Pflastersteinindustrie scheint man schon einzusehen, daß Erfolge nur zu erzielen sind, wenn Qualitätsware geliefert wird. Ueberdies wenden sich Straßenbauarbeiter mit großer Vorliebe der Verwendung des Kleinpflasters zu. Es mag ja zeitweise in dieser Branche mit dem Geschäftsgang stehen, aber an Pflastersteinmaterialien ist noch auf lange Jahre hinaus Bedarf vorhanden. Auch Schotter wird noch in riesigen Mengen verbraucht werden. Die Fabrikation der sogenannten Knadmäshinen wird sich ebenfalls lohnend gestalten. Die Hartsteinindustrie wird sich noch mehr den maschinellen Einrichtungen zuwenden müssen, die Bestrebungen sind darauf zu richten, daß in Betrieben, in denen Bauarbeit hergestellt wird, die Abfälle für Kollierungen und Beschotterungen abgeleitet werden können.

Ueberhaupt ist es ein großer Fehler, daß von den Industriellen für den Naturstein gar so wenig Propaganda gemacht wird. Das zeigt uns doch diese Ausstellung in so drastischer Weise. Wie neubelebend hätte es auf die einzelnen Gruppen in der Steinindustrie wirken können, wenn die Ausstellung ostentativ besichtigt worden wäre.

Weiter ist nicht zu verkennen, daß die Zement- und Betonbauindustriellen es in meisterhafter Weise verstehen, sich der Presse zu bedienen, und sich den Einfluß in privaten und amtlichen Baukreisen zu sichern. Diese Routine fehlt vielfach unsern Steinbruchbesitzern, welche ihre Niederlassungen draußen auf dem Lande haben, fast vollständig. Es fehlt ihnen der Weitblick, um die gesamte Steinindustrie in den Kreisen der Baubefehligen richtig zur Geltung bringen zu können.

Die Steinmetzen brauchen sich auch nicht mehr der Hoffnung hinzugeben, daß die goldenen Zeiten, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen waren, wiederkehren werden. Die Massenverwendung des Natursteins zu Fassadenteilen gehört der Vergangenheit an.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Zahl der beschäftigten Steinmetzen nochmals eine Reduzierung erleidet. Deshalb ist heute dringender als je Aufklärung gegenüber den Eltern notwendig, auf die schwankende Arbeitsgelegenheit im Steinmetzberufe hinzuweisen.

Die Baumeister können ja ein Liedchen singen, wie ihnen der Eisenbeton zu schaffen macht. Auf dem Bezirksstag der schlesischen Baugewerksmeister zu Breslau am 27. August 1913 führte der Maurermeister Schmidt-Doppeln folgendes an:

Das anschwellende Uebergreifen des Eisenbetonbaues auf allen Gebieten des Baumeister darf uns mit berechtigter Sorge erfüllen. Es hat den Anschein, als ob dem Eisenbeton die Zukunft gehöre. Beim Anblick der Breslauer Jahrhunderthalle scheint die Bestürzung bereits zur Gewissheit geworden zu sein. Hier standen wir abseits, kein Maurer, kein Zimmermeister hat hier mitgewirkt. Wie uns bereits die Tief- und Wasserbauten verloren gingen, so gehen uns auch die Hoch- und Fabrikbauten verloren, unsere Tätigkeit beschränkt sich nur noch auf die Wohnungsbauten, die uns indessen in Amerika bereits streitig gemacht werden. Bei dieser Entwicklung geht das Handwerk zugrunde. Früher waren wir wenigstens noch die Ratgeber der Bauherren, heute sind es die Diplom-Ingenieure. Wir haben so wenig zu tun, weil uns der Einfluß fehlt. Auch die Lohnzahlungen sind zurückgegangen. In Oppeln zahlte eine Eisenbetonfirma mehr Löhne als das dortige Baugewerbe zusammen genommen. Wir sind von der Entlohnung übercrumpelt worden und müssen sorgen, daß wir nicht an die Wand gedrückt werden. Redner empfahl, die Eisenbetonbauweise ins Baugewerbe einzuführen.

Es sind große Spezialfirmen für das Betonbauwesen entstanden, welche sich in Zukunft noch mehr ausbreiten werden. Damit wird das gesamte Baugewerbe einer großen Umwälzung unterworfen.

Soweit wir als Arbeiterorganisation in Betracht kommen, werden wir alle Bestrebungen für die Verwendung des Natursteins unterstützen. Auch die Regierungen werden sich befinden müssen, dazu beizutragen, daß besonders bei Staatsbauten, soweit es irgendwie in dem Rahmen der praktischen Möglichkeit liegt, Naturstein in weiterem Maße als bisher zu verwenden.

**Differenzen im schlesischen Sandsteingebiet.**

Dem Urteil der Schiedskommission haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen.

Im Sandsteingebiet Bunzlau, Radwiz, Warthau und Umgebung sind wiederum durch das unkorrekte Verhalten der Unternehmer schwerwiegende Differenzen entstanden. Vor kurzem wurde ein Schiedspruch gefällt, daß an runden Säulen die Hilfsschläge, welche nötig sind, um die Kopfsäulen herstellen zu können, bezahlt werden sollen, und zwar mit 10 Pfg. pro laufender Meter. Es kommen dabei die Hilfsschläge an einer Längsseite in Betracht. Dieser Entschcheidungsfall scheint der Firma Zeidler u. Wimmel nicht, und sie ließ Anweisung ergehen, diese Hilfsschläge nicht zu bezahlen. Herr Geschäftsführer K ä b r i c h (Bunzlau) erklärte späterhin der Kommission, dieses Urteil hätten sich die Arbeitnehmerbeisitzer „erschlichen“, nämlich, weil sie unzutreffende Angaben gemacht hätten. Dieses muß unersetzlich entschieden zurückgewiesen werden. Nun, weil die Unternehmer verpflichtet sind, diesen minimalen Betrag von 10 Pfg. pro Meter zu bezahlen, deshalb ihre Enttäuschung. Das Schiedsgerichtsurteil besteht, aber der Firma Zeidler u. Wimmel blieb es vorbehalten, ohne Bedenken sich über diese Entscheidung hinwegzusetzen. Am 7. September tagte nun in Bunzlau eine starkbesuchte Distriktsversammlung, um gegen das unerhörte Vorgehen der genannten Firma Protest einzulegen. Die Dis-

ussion verlief trotz der Erbitterung, welche unter die Kollegen seitens der Firma getragen wurde, in durchaus sachlicher Weise. Herr St a u b i n g e r als Vertreter des Zentralvorstands erklärte unter großer Zustimmung, daß gegenüber dem Schiedsgericht Treu und Glauben schwinden müsse, wenn unternehmerseits ein Schiedspruch derart mit Füßen getreten würde. Es können sehr häufig Urteile zustande kommen, welche in den Kollegenkreisen mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen würden, aber die Arbeiter müßten sich diesen Schiedsprüchen fügen, sonst würde man uns Tarifbruch vorwerfen. Für eine so große Firma sei es überhaupt unverständlich, derart unklug zu handeln.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 7. September sehr starkbesuchte Steinarbeiterversammlung beschloß sich mit dem lehtin gefällten Schiedsgerichtspruch. Der Steinmetztarif sagt klipp und klar, daß Schiedsprüche von beiden Parteien gehalten werden müssen. Das Vertrauen zum Schiedsgericht ist sowieso kein großes, weil schon verschiedene Urteile zustande kamen, welche dem praktischen Empfinden der Kollegen widersprachen. Wenn die Herren Arbeitgeber so weiter wirken, dann hat es beinahe keinen Zweck mehr, ein solches Schiedsgericht weiterbestehen zu lassen. Zum Schluß sei bemerkt, daß die Verbandsleitung dringendst beauftragt wird, dem Schiedspruch Geltung zu verschaffen. Weiterhin ist anzustreben, daß endlich für die Steinindustrie ein zentrales Schiedsgericht eingerichtet wird.

Durch das Vorgehen der Firma wird erreicht werden, daß die Kollegen, welche als Unternehmerbeisitzer fungieren, ein Richteramt überhaupt nicht mehr ausüben werden. Warum, das ist leicht erklärlich. Wenn die Firma Zeidler u. Wimmel gegen die Schiedsprüche opponiert, dann müssen sich ja die Kollegen fürchten, Urteile zu fällen, welche für die Steinmetzen günstig sind. Gegen eine solche Suggestion seitens der Firma müssen die Verbandsmitglieder höchstens Vermahrung einlegen. Die Steinmetzen haben es nicht so leicht, Schiedsprüche außer Kurs zu setzen, man würde dann gleich über Tarifbruch wettern. Die Firma mußte, wenn sie glaubte im Rechte zu sein, eine Überprüfung des Schiedspruchs herbeiführen lassen, aber vorher die Beiträge an die Steinmetzen ausbezahlen, laut Schiedspruch. Unverständlich ist, wenn nun jetzt die Herren Kollegen einen Rückzug machen mit der Begründung, sie hätten das Urteil nur mit Vorbehalt gefällt. Daraus geht ja schon hervor, welche Furcht die Herren vor den Unternehmern haben. Die Steinmetzen in Radwiz verweigerten zunächst die Säulen, da ließ es die Firma sofort zum äußersten kommen, und lehnte es ab, den Steinmetzen andre Werkstücke anzuweisen. Eine Aussperrung war ebenfalls geplant. Die Kollegen waren vernünftig genug, der Firma diesen Gefallen nicht zu tun. So, nun hat der Unternehmerverband das Wort, ob er es zulassen will, daß Schiedsprüche so ignoriert werden dürfen. In Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wurden die Säulen angefertigt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die beiden Verbände diese Angelegenheit endgültig durchzuführen sollen. Die Stimmung der Kollegen gegenüber den Unternehmern wird durch solche Vorkommnisse in Schlefien immer erregter, was aber nach Lage der Sache vollständig begreiflich erscheint.

Im Tarif steht, daß sich beide Teile dem Schiedspruch fügen müssen, die Unternehmer bekümmern sich aber, wie die Firma zeigt, nicht darum.

**Herr Mathias Fromm abermals blamiert.**

„Wer allen alles traut, Dem kann man wenig trauen.“  
Reising.

Die christliche Keram- und Steinarbeiterzeitung hat mit ihren Angriffen auf den roten Steinarbeiterverband entsetzlichen Beifall gefunden. Herr Fromm ist um seine Stelle als Redakteur wirklich nicht zu beneiden. Im Vorjahre griff er unsern Vorsitzenden, Kollegen Starke, in seiner langsam bekannten Manier an. Vor Gericht zitiert, bequente sich der Wahrheitsstreiter Fromm, seine Beleidigung zurückzunehmen. — Sein Sieg in Sachen der Steinarbeiterredaktion ist noch allen in Erinnerung. Fromm erhielt in erster Instanz wegen Verleumdung eine Geldstrafe von 300 Mk. Geldstrafe; er hofft in der zweiten Instanz eine Milderung des Urteils, weil er die Verleumdung nicht selbst geschrieben haben will. — Und nun hat Herr Mathias Fromm, welcher in seinem Verbands eine große Reihe Funktionen ausübt, abermals einen „neuen Sieg“ erstritten. Der „rote“, „Steinarbeiter“-Redaktion hat er es wieder einmal gesteckt, er, der biedere Mathias Fromm aus dem Oberbairischen Lande. — In der Nr. 37 der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ holt er zu einem vernichtenden Schläge aus; er führt den Nachweis, daß wir eine Gewerkschaft mit einem Januskopfe seien. Mathias Fromm hat nun wahrhaftig den Beweis in den Händen, daß die christlichen Steinarbeiter, welche bisher den Vorzug des schwarzen Verbändchens nicht anerkennen wollten — von den roten Führern irreführt wurden. Fromm argumentiert also folgendermaßen:

Die Nr. 33 des „Steinarbeiter“ vom 16. August ist in zwei Ausgaben erschienen. Die eine Ausgabe enthält als Leitartikel: Wahrheit und Stärke cure Menschenwürde; die zweite Ausgabe ist mit Trauerand erschienen und enthält den Nekrolog Bebel's. Die Ausgabe Nr. 1 sei für die Gegenden bestimmt gewesen, so schreibt der schlaue Mathias Fromm, in denen auch Mitglieder des Keram- und Steinarbeiterverbands ihre Stelle aufgeschlagen hätten, während die Bebel-Nummer nur für die „Genossen“ bestimmt war. — Fromm tut diesmal insofern das seinige, indem er die zwei Ausgaben reproduzieren ließ und in seiner Zeitung veröffentlicht. Dadurch setzt er seinen Lesern nun einmal zwei Leitartikel aus dem „Steinarbeiter“ vor. Die Zentrumsgewerkschaftler werden sich darüber hoffentlich sehr freuen haben, daß Mathias Fromm anfängt, „sozialistisch“ Leitartikel abzugeben. Ueberdies enthält die Ausgabe, welche für die christlichen Gegenden (nach der Definition Fromms) bestimmt gewesen sein soll, ein recht symbolisches Epigramm, welches heißt:

Du sollst dich nicht treten lassen,  
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen,  
Du sollst dich nicht ausaugen lassen,  
Du sollst den Sklavensinn von dir tun,  
Du sollst die Anechtlichkeit von dir tun,  
Du sollst dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als du!

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 38.

Sonnabend, den 20. September 1913.

17. Jahrgang.

## Massenstreik und Gewerkschaften.

I.

Die Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik ergibt sich aus dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Ist dieses ein günstiges, so kann es auch um den Massenstreik, durch welche Ursachen er immer hervorgerufen werden mag, nicht schlecht bestellt sein. Dieses Verhältnis zu einem immer innigeren zu gestalten, muß daher die Aufgabe derer sein, die die Zustände auf politischem Gebiete schneller als bisher zu fördern bestrebt sind. Das von einigen Kritikern beliebte blöde Geschimpfe auf die Gewerkschaftsführer, die der Massenstreikbewegung angeblich hindernd im Wege stehen, wird zwar diese nicht abhalten, nach wie vor auch zur Stärkung der Partei beizutragen, wohl aber muß das lameradische Verhältnis zwischen Massen und Führern darunter leiden, was wieder für die Bewegung selbst von größtem Nachteil ist. Das so notwendige Vertrauen zu den Führern verwandelt sich in Mißtrauen und dieses wirkt lähmend auf jeglichen Fortschritt. Maßstäbe der Führer werden mißtrauisch aufgenommen und falls sie zum Beschluß gelangen, so werden sie nur widerwillig befolgt. Mag das Mißtrauen eine „demokratische Tugend“ sein, für den gewerkschaftlichen Kampf ist es ein Gift, welches, wie in der Heilkunde, in Ausnahmefällen vielleicht angewandt werden muß, aber im allgemeinen brauchen wir nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen. Die Gewerkschaftsführer sind sämtlich aus der Kleinarbeit hervorgegangen. Ihre ständige Umgang mit den Mitgliedern sorgt dafür, daß die Fühlung zwischen Massen und Führern nicht verloren geht. Sie sind daher auch die besten Beurteiler der Stimmung der Massen. Wenn die Stimmung von einzelnen Parteiführern anders beurteilt wird, so lassen sie sich durch momentane Wirkungen ihrer Reden täuschen, und es ist sicher besser, über eine Fühlung rechtzeitig aufgeklärt zu werden, als eine durch sie bewirkte Enttäuschung zu erleben. Irrtümern sind wir ja schließlich alle unterworfen, aber wenn man der Masse folgt, „den gefunden Sinn“ nachspricht, so kann man nicht den aus der Masse hervorgegangenen Führern Unfähigkeit, Feindschaft oder gar, soweit sie angestellte Beamte sind und als solche für ihre Arbeit entlohnt werden, Eigenmüßigkeit vorwerfen, wenn sie unsere Stimmern und Drängen nicht gleich unbedingte Befolgung leisten.

Trotz der Selbständigkeit beider Bewegungen, trotz der so vielfach angeführten Neutralität der Gewerkschaften, sind beide durch ein geistiges Band eng verknüpft. Sie sind eben, was sie sein müssen, zwei selbständige sich ergänzende Bewegungen. Ueberall zeigt sich die enge Mitwirkung der Gewerkschaften zur Verbreitung unserer Ideen und zur Erreichung unserer sozialistischen Ideale. Von Mund zu Mund geht das gesprochene Wort, von Haus zu Haus das geschriebene in Millionen von Flugblättern. Vielfach sind unsere Funktionäre gleichzeitig als Bezirksführer und Vorstandsmitglieder in den Wahlvereinen tätig, und wo es gilt, unsere Macht zu entfalten durch Beeinflussung der Gewerbe- und durch Wahrnehmung der bestehenden Rechte in Staat und Kommune, überall sehen Gewerkschafts- wie Parteigenossen ihren Mann. Armen-, Waisen-, Schul- und Steuerkommissionen sind zum großen Teil mit aus Gewerkschaftern zusammengesetzt, und in den Parlamenten von Kommune, Staat und Reich ist mancher „Stadtvater“ und Abgeordneter, der in der Gewerkschaftsbewegung das politische ABC gelernt hat. Besteht doch letzteres gewissermaßen in der Einsicht, daß die eine Bewegung ohne die andre nicht auskommen kann und daß durch das Gegenseitigkeitsverhältnis beide Teile groß und hart geworden sind und nur durch die Aufrechterhaltung desselben weitere Erfolge erzielen können.

Erfolge? — Wer nicht mit Blindheit und Taubheit geschlagen ist, muß sie wahrnehmen. Zunächst auf politischem Gebiet. Keine Gesetzesvorlage, weder von der Regierung, noch von den herrschenden Parteien, wird eingebracht, ohne die Prüfung ihrer Wirkung auf die organisierte Arbeiterschaft. Die ganze Sozialgesetzgebung ist nur auf ihr Drängen zustande gekommen. Von unserer Partei eingebrachte Anträge wurden zwar von den Gegnern abgelehnt, kehren jedoch nicht selten in veränderter Form durch diese selbst wieder und wurden dann angenommen, oft gegen die Stimmen unserer Vertreter, weil das Gebotene ihnen nicht weitgehend genug war. — Was durch die Gesetzgebung noch nicht erreicht werden konnte, haben sich die Gewerkschaften vielfach im wirtschaftlichen Kampf von den Unternehmern errungen. Aus den kumpffälligen Arbeitsplänen früherer Generationen ist eine Elitearmee hervorgegangen, welche sich ihr Mindestentgelt bei der Festsetzung des Arbeitslohns, der Arbeitszeit und sonstiger Arbeitsbedingungen erkämpft hat. Das Tarifwesen hat eine Bedeutung erlangt, welche weit über den Rahmen der abschließenden Parteien hinausragt. Auch die Unorganisierten und die in ihrer Verbindung feindselig organisierten Arbeiter genießen den Vorteil der gewerkschaftlichen Erzeugnisse. Bezüge erdrosseln sich nicht in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In allen Wechselfällen des Lebens ist die Drankantone zur Stütze der Arbeiterschaft geworden. Millionen Mann werden alljährlich zur Einbindung des durch Krankheit und Arbeitslosigkeit entstandenen Elends aufzurufen. Ein Netz von Ferkelarien kann sich über das ganze Reich und genährt den Armen in den unrentgünstigen Auswärtigen und Vertretung ihrer berechtigten Ansprüche vor den unbilligen Behörden. Einen andern wichtigen Faktor zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats bilden die Genossenschaften. Auf den vertriebenen Gebieten suchen sie die Unabhängigkeit von Privatkapital herbeizuführen. Das Wachstum der Aemter-, Produktiv- und Baugewerkschaften zeigt den Willen der Massen, sich auf die Übernahme der wirtschaftlichen Funktionen des Kapitalismus vorzubereiten. Und das Wutgeschrei der Gegner bei der Geburt des neuen Sprößlings gewerkschaftlicher Genossenschaftlichen Vorgehens, der Volksfürsorge, beweist, daß sie an der empfindlichsten Stelle, dem Profit, getroffen und wir also auch hier auf dem richtigen Wege sind.

Sind in dem Kampf um die wirtschaftliche Existenz neben die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. Große Organisationen haben sich die Erziehung des Volkes zu edlen Gemütern zur Aufgabe gemacht. Das Parteil der Freien Volkshilfen, der Volksvereine, umfaßt eine Mitgliederzahl von rund 70.000. Die Kunst dem Volke — ist ihre Devise. Die Pflege des freizeithlichen Gelanges findet ihre Stätte in unzähligen Vereinen. Auch der gesunde Sport kommt in der Arbeiterschaft zur Geltung. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper — sagen unsere Turner. Bibliotheken, selbstgeleitete Schulen suchen die Lücken, welche die mangelhafte Ausbildung in den Volksschulen zurückgelassen, auszufüllen. Alles in allem — welche gewaltige Unterschiede zwischen der vor 50 Jahren, der Zeit des Beginns der modernen Arbeiterbewegung. Jenen waren die Schätze der Kunst, Wissenschaft, Literatur ein Buch mit sieben Siegeln — heute flüchten sich angehende Künstler, Gelehrte unter die Fittiche der organisierten Arbeiterschaft. — Können wir nicht ohne Hebertreibung sagen, daß wir uns eine bescheidene Anteilnahme an den Kulturwerten der Menschheit bereits erkämpft haben? — Wußt man die Anerkennung dieser gigantischen Kulturarbeit nicht mit berechtigtem Stolz erfüllen? — Haben wir angeht die Erfolge Veranlassung, ständig über die Rückständigkeit unserer Bewegung zu jähren, weil das Ziel unserer Bestrebungen noch nicht befriedigen kann, weil das Ziel unserer Wünsche noch nicht in greifbarer Nähe gerückt ist? — Haben wir nicht vielmehr allen Anlaß, unsere Volksgenossen die Erfolge unserer Bewegung zum Bewußtsein zu bringen, um sie hierdurch anzuspornen zu allseitiger reger Mitarbeit, der Vorbedingung zu weiteren Erfolgen und schließlich Ueberwindung des Kapitalismus?

Biel ist erreicht — unendlich mehr steht noch aus. Die Vorbedingung für jeglichen Fortschritt und lebende Erfolge ist eine starke Organisation. Zeigt sich ein Rückgang in der Zahl der Organisierten, so haben wir die Ursache objektiv zu prüfen. Wenn gegenwärtig die Mitgliederzahlen der Partei zurückgegangen sind oder einen Stillstand aufweisen, so scheint uns die wirtschaftliche Depression eine genügende Erklärung hierfür zu geben. Auch das ist erklärlich, daß zunächst nur die Partei von der Stagnation betroffen ist, während die Gewerkschaften von derselben noch verschont bleiben. Der in Not geratene Arbeiter entäußert sich zuerst der Dinge, deren Verlust keine persönlichen Nachteile für ihn im Gefolge hat. Er weiß genau, daß seine Interessen auch während der Unterbrechung seiner Mitgliedschaft von der Partei vertreten werden und die Presse liest er während der kritischen Zeit mit dem gleichen Interesse weiter, ohne Absonnerung zu sein. Anders liegt es bei den Gewerkschaften. Werden seine allgemeinen Interessen auch von dieser weiter vertreten, so ist doch sein Austritt mit finanziellen Nachteilen für ihn verbunden. Hier sind die Unterstützungsbeiträge zu einem nicht zu unterschätzenden Bindemittel geworden. Natürlich darf der Wert der Unterstützungsbeiträge auch nicht überschätzt werden. Das entscheidende Element einer Bewegung ist der in ihr herrschende Geist. Ohne Begeisterung für eine Sache in den Kampf zu ziehen, ist ein gefährliches Experiment, welches den Stempel wahrer menschlicher Unfähigkeit schon vor dem Beginn trägt. Begeisterung läßt sich nicht künstlich herbeiführen, am allerwenigsten in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Da kommen nun einige Kritiker her und sagen: „Nicht die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sind Schuld an der Stagnation, sondern die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der „Passivität“ der leitenden Kreise. Die bisherigen Mittel genügen nicht, um die Bewegung in Fluß zu halten, die alten Waffen taugen nichts mehr, eine Neubewertung ist notwendig.“ Prüfen wir die Argumente. Der Kampf ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Die Waffe spielt eine untergeordnete Bedeutung. Wie die höchste Streikunterstützung nicht allein in der Lage ist, den siegreichen Ausgang eines Kampfes zu gewährleisten, so kann auch die schärfste Waffe nichts ausrichten, wenn sie nicht mit Begeisterung geführt wird. Nicht die Waffe erzeugt den Geist, sondern der Geist ist die unerlässliche Vorbedingung für das Gelingen des Kampfes. Fehlt die Begeisterung für einen Kampf, so fehlt eben die notwendige Voraussetzung für den Sieg. Wohl durch die Anpreisung einer bestimmten Waffe, eines schärferen Geschüßes, wird die geistige Verfassung eines Heeres nicht berührt. Dazu bedarf es anderer Mittel. Einbringen mit dem Blick der Begeisterung in die Tiefen der Unwissenheit, Aufklärung verbreiten über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge unserer Zustände, nicht nur durch die Hervorhebung der Schäden, sondern auch durch gerechte Anerkennung des im Kampfe bereits Erreichten, sowie durch Belehrung über die Ursachen der Erfolge. Mit der Herabsetzung unserer Erfolge und unserer Bewegung überhaupt lassen sich neue Kämpfer nicht anwerben, während sogenannte Militärs durch ein solches Gebahren abgestoßen werden.

Sind wir denn wirklich auf dem toten Punkt angelangt, wie uns einige Kritiker allen Ernstes versichern? Fehlen uns die Vorbedingungen für einen weiteren Fortschritt? Können wir unter dem bestehenden Recht keine Erfolge mehr erzielen? Können wir unsere Organisationen nicht bis zur Unwiderstehlichkeit ausdehnen? — Das Koalitionsrecht gibt uns die Möglichkeit hierzu. Was vermöchten wohl Polizei und Gerichte, wenn nur die Proletariermassen einig wären. Nicht die herrschende Klasse ist schuld an dem „langsamem“ Aufsteigen, sondern die Massen sind es, die uns die Gefolgschaft verlangen. Nicht die Art unseres Kampfes hielt und hält sie von uns fern, sondern die Unlust, der Mangel an Enthusiasmus über die Notwendigkeit des Kampfes. Nicht durch den Kampf selbst sind die noch fernstehenden zu gewinnen, sondern durch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit desselben. Wohl wird es einer Mehrheit gelingen, die Minderheit mitzureißen, was selbst bei einem eventuellen Abfall der Wandlungsmittigen in der Stunde der Gefahr nicht allzu gefährlich werden kann, aber umgekehrt hehe es, sich auf die Schwächeliken, wollten wir uns auf die Unorganisierten verlassen. Nur im Zusammenhange liegt unsere Stärke.

Das haben unsere Gegner denn auch längst erkannt. Daher ihr Euzumlauf gegen das Koalitionsrecht. Deshalb der Schrei nach Polizei, nach Schutz für die Arbeitswilligen. Arbeitswilligen schaut man — Unternehmerschutz meint man. Natürlich finden die Unternehmer bei den Polizeibehörden das bereitwilligste Entgegenkommen und nicht selten werden angelegliche Ueberretungen des § 153 der Gewerbeordnung schwer geahndet. Ein übriges befolgt dann die bürgerliche Presse. Wo es einigen Eingeweihten, diesem Auswurf der Menschheit, einmal gelungen ist, durch ihre Provokationen den Geduldsfaden organisierter Arbeiter zu zerreißen, da wird es sicherlich die bürgerliche Presse nicht veräumen, über den Terrorismus der organisierten Arbeiterschaft zu heulmeiern. Die Unstille dieses Manövers ist, die Regierung scharf zu machen, sie zu veranlassen, beschonende Gesetze schärfer in Anwendung zu bringen und wenn möglich, Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zu schaffen. Und der Einfluss der Industriegehaltigen steht dem der Agrarier durchaus nicht nach. Bis in die höchsten Spalten der Verwaltung sind die Herrschaften miteinander verflochten und verzwängert. Ehemalige Minister usw. findet man in den Ausschüssen großindustrieller Unternehmen wieder, und selbst Fürstenthümer sind mit ihren Kapitalien an industriellen Unternehmen beteiligt. Noch größer als der persönliche Einfluss ist der, welchen die Herren in den Parlamenten auszuüben in der Lage sind. Selbst in dem auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht beruhenden Reichstag kommt der Volkswille infolge der Ungleichheit der Wahlkreise nur gefährlich zum Ausdruck, von dem elenden Selbstschmerz zum preussischen Landtag ganz zu schweigen.

Deshalb darf man aber nicht den Parlamentarismus selbst verwerfen. Wie im gewerkschaftlichen Leben erst der Verhandlungsweg erschöpft und erst dann gestreikt wird, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind, d. h. eine genügende Stärke der Organisation und die Aussicht auf Erfolg, so muß auch auf politischem Gebiet der friedliche Weg bestritten und so lange benutzt werden, bis wir die Macht erreicht haben, Zwangsmassregeln in Anwendung zu bringen. — Aber „wir wollen ja gar keine Gewalt anwenden“, wird man einwenden. Selbstverständlich nicht. Aber Gewalttakte werden unvermeidlich sein. Ein friedlicher Massenstreik ist bei uns undenkbar. Wir genießen nicht die Sympathie des Liberalismus, wie die belgischen Arbeiter, sondern bei uns ist alles gegen uns, und der Gegensatz zwischen den beiden großen Lagern — Arbeit und Kapital — wird sich nur noch mehr zuspitzen. Von einer statutarischen Streikunterstützung aus den Organisationsklassen kann bei einem Massenstreik natürlich auch keine Rede sein. So wären die Streikenden also völlig auf sich allein angewiesen. Ein Maß von Opfermut muß von jedem Einzelnen im Falle eines Massenstreiks verlangt werden, welches nur zu erwarten ist von denen, denen der Zweck der Bewegung in Fleisch und Blut übergegangen ist, dazu eine eiserne Disziplin, nicht im militärischen Sinne, sondern in dem der Unterordnung unter die selbstgeschaffenen Gesetze. Wenn die Massen mit Inrennendem Wagem auf die Straße gehen, so sind Provokationen und ihre Folgen in unserem Polizei- und Militärstaat unausbleiblich. Und nichts Schlimmeres wünschen ja unsere Reaktionsäre. Sie möchten schon lange unsere Bewegung im Blute erstickt. Über werden sie sich täuschen in Bezug auf die Zuverlässigkeit des Militärs? — Ist unser Nachwuchs bereits im sozialistischen Geist erzogen? Wird sich das Militär weigern, „auf Vater und Mutter“ zu schießen? Die Hoffnung hierauf zu setzen, dürfte etwas verfrüht sein. Könnte z. B. die bürgerliche Jugendbewegung der proletarischen Jugendbewegung

nennenswerte Konkurrenz machen, wenn der sozialistische Geist in den Arbeiterfamilien auch nur ein bißchen mehr Eingang gefunden hätte. Sind es nicht Arbeiterkinder, welche in allen möglichen Klimabürovereinen ihre Langeweile vertreiben, anstatt sich der freien Jugendbewegung anzuschließen? Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. In Stelle des Gebärtrichts, der in Berlin in letzter Zeit viel besprochen wurde, sehe man die sozialistische Erziehung der Kinder. Nur der Kampf mit geistigen Waffen, der die Bewegung auf die jetzige Höhe gebracht hat, kann uns auch im jetzigen Zeitalter der Maschinengewehre vorwärts bringen.

Gut und Mut für die Allgemeinheit einzusetzen, ist zwar das höchste Ideal, aber das Leben ohne Aussicht auf Erfolg aufs Spiel setzen, wäre vollkommener Selbstmord.

## Die Petitionen des Herrn Schedel.

Vor einiger Zeit verkündete der Bezirksleiter des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes in Würzburg in der Generalversammlung und der Zentrumspresse Unterfrankens, daß er Petitionen an das preussische Kriegsministerium und an die bayerische Regierung gerichtet habe, damit vor allen Dingen Sandstein aus dem Maintal zu den neuen Militärbaracken verwandt würde. Ob die Petition anders aussieht, als diejenige ans badiische Ministerium, muß erst noch festgestellt werden. Die reklamenhaften Zeitungsnutzen lassen jedoch nur den Schluss zu, daß es ihm vorwiegend um die Agitation zu tun war, damit der in der Steinindustrie unbedeutende Verband wieder etwas zur Geltung kommt.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands betreibt Jahr aus Jahr ein eine lebhaft propagandistische für den Naturstein, der ja bekanntlich durch die veränderte Baumweise an Absatz verloren hat, ohne jedoch ein bestimmtes Material oder das eines Gebietes besonders zu empfehlen. Die Steinarbeiter, ganz gleich wie sie beschäftigt sind und wie oder überhaupt organisiert, haben als Staatsbürger ein Recht auf Arbeit. Die Industrie wieder zu heben und zu fördern, ist lediglich das Zeitmotiv, das den Steinarbeiterverband veranlaßt, nach der Richtung hin tätig zu sein.

Der christliche Verband geht jedoch von andern Gesichtspunkten aus und zwar, wie schon erwähnt, von dem der Agitation. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß alle die eventuellen neuen Militärbauten in dem engeren Bezirk des Maintales und zwar in Freudenberg, Nauenberg, Bogtal und Mundsleb, denn nur in diesen Orten Badens sind die Sandsteinarbeiter in nennenswerter Zahl christlich organisiert, angefertigt werden. Diese Steinarbeiter sollen außerordentlich königlich und vaterländisch geknütt und besetzt sein, die größten Opfer für des Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt zu bringen. Im Zentrumsinne natürlich! Die Pfarrherren in den obengenannten Orten dulden in ihren Domänen eine andere politische Bestimmung überhaupt nicht, und die Steinarbeiter füllen sich auch dem willig. Die christlich organisierten Steinarbeiter können sich aber auch besonders beim Zentrum für ihre berufliche Verleumdung bedanken. Vor einigen Jahren erklärte ein Führer des Zentrums im bayerischen Landtag, daß seine Partei dafür sorgen würde, daß ein Baumwerk wie der Nauenberger Bahnhof, der beinahe vollständig aus Naturstein ist, in Bayern nicht mehr gebaut würde. Die bayerische Regierung (Ministerium Berlin) hat im Vorjahre einen Erlaß an die ihm unterstellten Behörden herausgegeben, nach Möglichkeit an den Neubauten zur Förderung der heimischen Steinindustrie Naturstein zu verwenden. Dies sollte lediglich ein Trost für die Steinindustriellen und die Arbeiter sein, denn an den meisten neueren Staatsbauten sucht man vergeblich den Naturstein.

Das interessanteste und lägenhafteste enthält der Schlußsatz der Petition, wo gesagt ist, daß ein Tarifvertrag für die badiischen Maintalsteinarbeiter abgeschlossen sei, der beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber, befriedigt. Sollte der christliche Keram- und Steinarbeiterverband seiner Maintalmitglieberei die Petition zur Kenntnis bringen, was natürlich stark zu bezweifeln ist, so werden sie sicherlich über das Eingeständnis ihres Scheiterns geradezu staunen. Der für das Maintal abgeschlossene Tarifvertrag entspricht weder den Arbeitern noch den Organisationsleitungen. Die Arbeitgeber des Maintales, die in der Mehrzahl schwererleide Leute sind, sind allerdings außerordentlich mit dem Tarife zufrieden. Im Jahre 1911 wurde einige Wochen gestreikt und in diesem Jahre fand eine längere Aussperrung statt, da sich die Arbeiter mit dem Tarif nicht abfinden wollten. Die christlich organisierten Steinarbeiter kämpften gemeinsam mit den frei organisierten, und heute müssen sich die ersteren von ihren Führern lassen, daß der Tarif beide Teile befriedigt. Bei den letzten Tarifverhandlungen und insbesondere den Kollegen gegenüber gebärdeten sich die christlichen Führer ungeheuer radikal, anscheinend aus Agitationsgründen; aus der Petition ist aber zu ersehen, daß sie von allem recht „befriedigt“ sind. Es dauert nicht mehr lange und so gleichen sie auch den katholischen Facharbeitern. Arbeiterorganisationen, die danach streben, ihre Ziele anstatt auf geradem Wege auf dem krummen zu erreichen, verdienen keinerlei Beachtung. Die Eingabe an die badiische Regierung zeigt, daß die christlichen Organisationen sich überall anbieten und anders organisierte Arbeiter verleumdend. Im „Badiischen Beobachter“ suchen sich nun die Christlichen wegen ihrer so eigenartig begründeten Petition reinzuwaschen. Es wird dort geschrieben:

Die Eingabe wäre, wenn sie Erfolg haben sollte, somit auch den sozialdemokratisch organisierten Steinarbeitern zugute gekommen. Der christliche Steinarbeiterverband suchte durch seine Eingabe lediglich der in der badiischen Steinindustrie herrschenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Er wollte den arbeitslosen Steinarbeitern, ob christlich oder sozialdemokratisch organisiert, Arbeit verschaffen, die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Freiburg aber nimmt gegen diese Eingabe Stellung. Wir bitten unsere Freunde allerorts, den badiischen Steinarbeitern zu sagen, was sie von der sozialdemokratischen Partei im kommenden Landtag zu gewärtigen haben.

Diese Notiz, welche zweifellos von einem christlichen Sekretär ausgeht, ist direkt irreführend. Herr Schedel (Würzburg) schrieb nämlich in seiner Petition — aus reiner Christenliebe wahrscheinlich — folgendes:

Die hier in Frage kommenden Steinarbeiter sind zum großen Teil christlich und national organisiert. Nezuu sämtliche Steinarbeiter sind königlich und vaterländisch geknütt. Wiederholt haben sie ungeschert der raffiniertesten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie Verstandnis für die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hoch in Großh. bad. Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Schedel hat in seiner Petition unter Mitgliedern in der unerschöpflichen Weise geschimpft. Und nun heißt es im „Badiischen Beobachter“, die Petition sollte auch den „von“ organisierten Steinarbeitern Arbeit verschaffen. Wer kann denn das nur glauben, wenn man vorstehendes Zitat liest. Die Christen glauben Einbruch zu vermeiden, wenn sie bei jeder Gelegenheit ihre nationale Stimmung herausheben. In Verhandlungen um ihre so dickenmale; treten sie vor die Schranken des Gerichts, so erleben wir daselbe. Herr Schedel hat wahrheitlich nicht gedacht, daß seine Petition ans Tageslicht kommt, er wird davon wenig erbaut sein.



Ortschaften	Wochenbeiträge										Unterfügungen										Beihilfen										Sonstige																													
	1. Quart.					2. Quart.					3. Quart.					4. Quart.					1. Quart.					2. Quart.					3. Quart.					4. Quart.					1. Quart.					2. Quart.					3. Quart.					4. Quart.				
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5										
Blüthenberg	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
<b>7. Gau: Gelnhausen</b>	231723	19778	738520	3884	444440	63980	46180	300740	82242	198328	4828348	180980	128360	2943	3	354375	360	854682	183218	83208	8712	136548	1488	33122	203822	2541023	3473																																	
Waldbrunn	7267	1	7980	1320	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180								
<b>8. Gau: Mainhausen</b>	20317	850	274	1880	1280	7230	1	58787	12813	1380	3180	10840	1037	120	390	20982	12	408	2780	27982	12	390	27982	30795	71																																			
<b>9. Gau: Rastatt</b>	122810	98	617190	361960	1090	41880	366	111018	83282	6380	3184204	76882	380	31028	17880	208178	60	36	641187	107628	28742	20514	78938	28223	1912786	1281436	1976																																	
<b>10. Gau: Regensburg</b>	36656	150	36580	16	16	360	3328	4470	83741	36	66	13125	30	2178	66	230050	180	234	2928	1271	1530	22	668	42192	41548	51																																		

Zählstellen	Einnahme															Ausgabe														
	Wochenbeiträge															Unterstützungen														
	60 Pf.	50 Pf.	40 Pf.	30 Pf.	ermäßigter 10 Pf.	überbrückt aus den Beiträgen	Sonstige Einnahmen	Schluß aus der Hauptkassa	Bilanz-Einnahme	Streitunterstützung	Reiseunterstützung	Gewerkschaftsunterstützung	Rechtschutz	Unjugunterstützung	Krankeunterstützung	Erwerbslosunterstützung	Sonstige Unterst.	Besondere Unterst.	An die Hauptkassa abgesetzt	Verwaltungskosten persönl.	sonstige	Beitrag an die Verw. d. Stab. d. Reichsvereins	Kontar. Beiträge für Unterst.	Agitation	Sonstige Ausgaben	Gesamt-Ausgabe	Restposten am Ende des Quartals	Restposten am Quartalsende	Restposten	
Seuffen	794 14	32 40	602	14 10	17 30	97 95		1557 89		12				103					316	21 42	10 53	42	7	11 84		530 89	1027	125		
... (many more rows) ...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	
<b>Summa</b>	<b>14564 87</b>	<b>2829</b>	<b>7910 50</b>	<b>3651 20</b>	<b>1773</b>	<b>502 50</b>	<b>1233 90</b>	<b>442 68</b>	<b>2800</b>	<b>35899 73</b>	<b>1640 08</b>	<b>395</b>	<b>11534 59</b>	<b>60 40</b>	<b>55</b>	<b>2923 25</b>	<b>80</b>	<b>10193 40</b>	<b>1952 94</b>	<b>425 10</b>	<b>411 06</b>	<b>335 26</b>	<b>337 16</b>	<b>47 73</b>	<b>20391 96</b>	<b>15507 77</b>	<b>3385</b>			

## Abrechnung der Hauptkasse für das II. Quartal 1913.

Einnahme.		Ausgabe.	
N	S	N	S
In Beiträgen	133 495	Für Agitation	10 097
Eintrittsgeld	1 584	Reiseunterstützung	5 839
Gewerkschaftsmarken	4 738	Streikunterstützung	113 678
Material	280	Gewerkschaftsunterstützung	4 782
Abonnements und Inseraten des „Steinarbeiter“	555	Rechtschutz	91
Diverse Einnahmen (Zinsen ujm.)	6 830	Unjugunterstützung	398
<b>Saldo</b>	<b>44 049</b>	Besondere Unterst.	845
		Krankeunterstützung	29 305
		Sterbenunterstützung	2 830
		Schalt (Verwaltung)	3 550
		Bureauausgaben (Miete, Reinigung, Heizung, Licht ujm.)	902
		Druckkosten (Formulare, Bücher ujm.)	1 452
		Porto	580
		Revisionen und Vorstandsstunden	443
		das Verbandsorgan (Redaktion, Druck und Expedition)	11 465
		Beteiligung an der J. V. A.	2 649
		Beitrag an die Generalkommission	843
		Delegationen und Konferenzen	105
		Versicherungsbeiträge	1 410
		Bücher und Zeitungen	119
		Kontrollen, Stempel und Karbissen	412
		Unkostenkonto und Sonstiges	12
<b>Summa</b>	<b>191 543</b>	<b>Summa</b>	<b>191 543</b>

Bilanz.	
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des I. Quartals 1913	813 847.85 Mfl.
Einnahme im II. Quartal 1913	147 404.53 „
<b>Bestand und Einnahme</b>	<b>961 252.38 Mfl.</b>
Ausgabe im II. Quartal 1913	191 543.88 „
<b>Reicht Bestand der Hauptkasse am Schlusse des II. Quartals 1913</b>	<b>769 708.50 Mfl.</b>
Vermögensbestand.	
Bestand der Hauptkasse laut vorstehender Abrechnung	769 708.50 Mfl.
Bestand in den Lokalkassen laut Abrechnung vom II. Quartal 1913	245 971.55 „
Bestand in den Contakassen laut Abrechnung vom II. Quartal 1913	1 546.89 „
<b>Hiñhin beträgt das Gesamtvermögen des Verbandes am Schlusse des II. Quartals 1913</b>	<b>1 016 416.94 Mfl.</b>

Vorstehende Abrechnung geprüft, mit Kasse, Büchern und Belegen in Uebereinstimmung gefunden.  
 Die Revisoren: Eugen Kampfrad. Karl Holzweißig. Faver Brüdel. Karl Sieben.  
 Ludwig Geßl, Kassierer, Leipzig, Zeißer Str. 32, IV.

### Korrespondenzen.

**Wien.** Am 7. September fand die Monatsversammlung im Hotel „Zentral“ statt, welche sehr reichlich besucht war. Zum Punkt 1 hielt Herr Dr. Schindler einen Vortrag über die Volkspflege, welcher sehr gut aufgenommen wurde. Besonders beherichtigte er das Verbandsorgan. Durch einige Zahlen aus dem Bericht über die Volkspflege gegenüber einem landesweiten Unternehmern vorzugehen. Zum Punkt 2 beauftragte Herr Dr. Schindler die Verbandsorgane. Er betonte, wie wichtig die Arbeit für die Arbeiterklasse ist und daß noch mehr Arbeitervereine hineingewählt werden müssen. Zum Punkt 3 beauftragte Herr Dr. Schindler die Verbandsorgane. Er betonte, wie wichtig die Arbeit für die Arbeiterklasse ist und daß noch mehr Arbeitervereine hineingewählt werden müssen.

stünde unter Tarif anzuerkennen. Der Gauleiter, welcher telegraphisch herbeigerufen werden sollte, schickte, da es ihm nicht möglich war, selbst zu kommen, den Kollegen Hoffmann aus Ebersdorf; diesem ist es nach mehreren vergeblichen Versuchen im Verein mit dem Vorsitzenden gelungen, die bestehenden Differenzen zu unsern Gunsten zu erledigen. Nachdem Herr Heinrich sich bereit erklärt hat, die Strafe nach Tarif zu bezahlen und auch bezahlt hat, scheint für uns die Sache hiermit erledigt. Wir möchten aber doch noch einiges hierzu bemerken. Als im Jahre 1911 bei den vereinigten Tischlergewerkschaften der Tarif für die Granitsteinmetzen abgeschlossen wurde, hat auch Herr Heinrich seine Unterschrift gegeben und sich bereit erklärt, nach diesem Tarif zu bezahlen, ausschließlich der Position 30 und der allgemeinen Bestimmungen. Wir waren auch damit einverstanden, daß Position 30 (Hauptarbeit) glatt oder profilirt nach Vereinbarung bezahlt wird. Herr Heinrich müßt nun aber dieses so ans, daß er einfach für den Quadratmeter Fläche 6 Mfl. bezahlt, für Lager und Fahren erhalten die Steinmetzen meinstenfalls nichts, und mit der Gliederberechnung will sich Herr Heinrich überhaupt nicht einlassen, da bezahlt er bloß so schäblichweise. Unter Vereinbarung verstehen wir, daß der Preis für 1 Stück, welches nicht nach Tarif zu bezahlen ist, von dem Meister und der

Sohnkommission festgesetzt wird; aber Herr Heinrich setzt die Preise allein fest und er versteht es vorzüglich, dieselben so zu bemessen, daß der Steinmetz ja nicht mehr wie 3-4 Mfl. pro Tag verdienen kann. Wenn man schon einmal seine Unterschrift und sein Wort gegeben hat, nach Vereinbarung zu bezahlen, so muß man es doch auch halten. Um seine Arbeiter kümmert sich Herr Heinrich überhaupt nicht viel. Recht unkollegial hat sich der Steinmetz Moll aus Regau, der das Amt eines Politers bei Heinrich versteht, benommen. Statt sich möglichst neutral zu verhalten, warf er den Kollegen immerwährend Kränkel zwischen die Beine. Moll, der noch vor kurzem selbst als Steinmetz tätig war, scheint seinen Standpunkt völlig geändert zu haben. Früher selbst einer der Schärfsten, wenn es galt, bessere Lohnbedingungen zu erzielen oder gegen die Profitgier der Unternehmer anzukämpfen, versteht er es jetzt vorzüglich, den Arbeitern so viel wie möglich von ihrem sauer verdienten Lohn abzugewinnen und die Leute durch Kränkel und Getreden recht gegen einander aufzubringen. Zum Kollegen Hoffmann äußerte er: „Wenn ich einen einmal wegen der Sauferei auf's Plaster werfe, so bin ich in meinem vollen Recht.“ Wir wissen aber ganz genau, daß Moll das Bier selber trinkt, wie jeder andre.



Solche goldene Worte erhalten die Christlichen bekanntlich ja nicht vorgelesen. — Fromm hats schwarz auf weiß, daß die „rote“ Steinarbeiter-Redaktion die „gutgläubigen“ Arbeiter täuscht, das mit den zwei Ausgaben ist für ihn, den Hauptagitator in der Steinindustrie, ein Knochen, an dem er monatelang jähren kann.

Aber Fromm ist mit seiner neuen Entdeckung wieder ordentlich hereingefallen, seine Felle sind ihm schnellstens weggeschwommen. Der Sachverhalt wegen der zwei Ausgaben verhält sich so: Der „Steinarbeiter“ wird am Mittwoch nachmittag, mitunter am Donnerstag früh gedruckt. Die Nr. 33 mit dem Leitartikel: Wahrheit und Stärke eure Menschenwürde, war ordnungsgemäß durch die Redaktion fertiggestellt. Am Mittwoch, den 13. August, traf, nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, die schmerzliche Nachricht von dem Tode Bebel's ein. Die Redaktion ließ sofort den Weiterdruck vom „Steinarbeiter“ einstellen; allerdings waren auf der Rotationsmaschine schon 10 000 Exemplare gedruckt. Die Redaktion (sich gleich Bebel's Nekrolog (1 1/2 Seiten umfassend), welcher für den restlichen Teil der Auflage, 27 000 Exemplare, Verwendung fand. Die Redaktion betrachtet es als Ehrenfache, daß wenigstens in einem Teil der Auflage die markante Persönlichkeit des Genossen Bebel noch geschildert werden konnte. Beim Versand der Pakete wurde dann folgendes Zirkular beigelegt:

Leipzig, den 14. August 1913

### Werte Kollegen!

Als vom „Steinarbeiter“ schon einige Tausend Exemplare gedruckt waren, traf die schmerzliche Nachricht vom Tode August Bebel's ein. Wir mußten den Druck sofort einstellen lassen, denn die Nummer konnte unmöglich hinausgeschickt werden, ohne auf den Tod Bebel's Bezug genommen zu haben. Wir haben unverzüglich das Nötige nachgeholt und die erste und zweite Seite des Blattes dementsprechend anders gestaltet. Dadurch hat sich aber die Drucklegung sowie die Expedition naturgemäß verzögert. Bei den Paketen sind wir einen Teil „Steinarbeiter“ mit dem Bebel-Artikel, dann einen Teil derjenigen Exemplare beilegen lassen, welche die Todesnachricht nicht enthalten. Wir haben dies getan, um die gedruckten Zeitungen nicht zu Makulatur werden zu lassen. Hiermit sind nun die Adressaten über die Verzögerung der Expedition aufgeklärt.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrage der Redaktion  
Hans Staudinger.

Wenn nun Fromm einigermaßen über den tatsächlichen Zusammenhang der beiden Ausgaben nachgedacht hätte, so wäre ihm sein glänzender Meinfall erpart geblieben. Aber der gute Mann schreibt blindlings drauflos, nur um den Gegner herunterreißen zu können.

## Korrespondenzen.

Berlin. Am 3. September fand die Fortsetzung der Versammlung vom 27. August statt. Dieselbe war leider schlecht besucht, daß man sich tatsächlich schämen muß, die Zahl der Anwesenden anzugeben, man sage und schreibe 100 von 1000. Es wird nun allerdings gefagt werden, die Kollegen werden zu oft in Anspruch genommen. Ja, Ausreden hat man immer, wenn man kein Interesse für die Sache hat, das kennt man schon zur Genüge. Man hat heute nicht nur von den Kollegen die Beiträge zu verlangen, sondern hat auch zu verlangen, daß sie die Versammlungen der Gewerkschaft unterstützen, insbesondere die Versammlungen. Zum 1. Punkt gab der Kollege Franke den Bericht von dem Bauarbeiterkongress. Er erledigte sich seiner Aufgabe in der vorzüglichsten Weise, das bewies der Applaus der Kollegen. Zugleich freifte Franke die Bauausstellung in kurzen Worten. Der 2. Punkt betraf die Bezirksinteilung. Die Ortsverwaltung hatte einen Reorganisationsentwurf ausgearbeitet, welchen der Kollege Wintler den Kollegen unterbreitete. Es entspann sich hierüber eine lebhaftige Debatte. Durch Abstimmung wurde dieser Entwurf angenommen. Die Ortsverwaltung hat nun die Aufgabe, die Einteilung in die Wege zu leiten. Im Verschriebenen wurden noch einige wichtige Sachen erledigt.

NB. Kollegen, da nun fast einstimmig die Bezirksversammlungen beschlossen sind, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, auch an denselben teilzunehmen, damit nicht der Bezirksleiter allein anwesend ist. Also, Kollegen, vorwärts auf die Schanzen, damit auch der letzte unserer Feinde, mag er heißen wie er will, besetzt wird. Bemerkung sei, daß hier eine große Arbeitslosigkeit herrscht, das mögen die reisenden Kollegen beachten.

Häselich (Laußitz). Am 11. September fand unsere Monatsversammlung statt. Kollege Beyer besprach die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und die heutige kapitalistische Entwicklung. Er erklärte, wie das Großkapital das Handwerk verschlang, und wie die gewaltigen Unternehmerrorganisationen den Arbeitern Schwierigkeiten machen. Auch das Taylorsystem wurde den Kollegen vorgeführt. Zum 2. Punkt wurde das Krankentafelwesen besprochen. Es sei notwendig, daß sich die Kollegen an den Wahlen beteiligen, damit sie eine genügende Vertretung erhalten. Dann wurde beschlossen, eine Versammlung abzuhalten, in der der Zweck und Nutzen des Kartells besprochen werden soll. Unsere Zahlstelle hat sich sehr gut entwickelt und die richtige Ortsverwaltung tut das Ihrige, um den Verband noch weiter auszubauen. Die jungen Kollegen allerdings möchten am Verbandsleben ein regeres Interesse zeigen.

Gemerau (Niederbayern). Unsere Zahlstelle hat sich sehr gut entwickelt. Wir hätten nicht gedacht, daß in diesem abgelegenen Winkel unser Verband so blühend blüht. Man muß bedenken, daß die Bevölkerung vornehmlich katholisch ist und die Christen hier zu gern festen Fuß fassen möchten. Aber die Kollegen wissen, was ihnen der freie Verband bietet, das hat sich beim Abschluß des Pfälzersteintarifs am besten gezeigt. Nun will ein Vorkler der Firma Bayerische Granit A.-G. anscheinend den Verband vernichten. Herr Müller behandelt die Leute nicht am besten, dabei rätioniert er über den Verband in der ungehörigsten Weise. Das geht denn der Vorkler der Steinarbeiterverband an? Wir verbitten uns eine solche Handlungsweise auf das entschiedenste. Die Kollegen werden auch in Zukunft dem Verband die Treue in der besten Weise bewahren.

Semtschach (Odenwald). Am 7. September fand im Lokal Bahnhofrestauration für die italienischen Kollegen unserer Zahlstelle eine Versammlung statt. Auch von Kirchhausen waren einige Kollegen erschienen. Kollege Orlando Salotti hielt einen Vortrag, der von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Als 2. Punkt stand genauere Einhaltung des Tarifs auf der Tagesordnung. Beschwerde wurde über die Betriebe Bräuner-Sonderbach und Cestaro-Lher-Flodenba, geführt. Kollege Weidenhammer erläuterte den Wert des Tarifs. Weiter forderte er die Anwesenden auf, stets ihre Beiträge richtig zu bezahlen und ihre Verbandsbücher in Ordnung zu halten. Ohne Verbandsbuch ist ein Steinarbeiter einem Infanteristen gleich, der ohne Gewehr ins Feld zieht. Als Vertreter für die Bezirksvorstandssitzungen wurde Sebastian Fabero gewählt.

Nichtigstellung. In Nr. 35 des „Steinarbeiter“ berichtet man über Mißstände bei der Firma Sternheimer (Betrieb Remberg, Sonderbach). Nach genauerer Untersuchung stellte sich aber heraus, daß diese nicht ganz der Wahrheit entsprachen. Die Arbeiter begehren sich hauptsächlich auf die Lehrlinge. Mit der nicht genauen Einhaltung des Tarifs von hahnischen Kollegen

ist es auch nicht so schlimm. Es handelte sich um Post 27 Abs. d. e. Dieser Fehler wurde nur von zwei Kollegen bemerkt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und den Tarif nicht kennen. In Zukunft müssen unsere Kollegen in Versammlungen besser bei der Wahrheit bleiben. Die ganze Geschichte scheint nur ein Nationalitätenhaß gewesen zu sein. Dies darf aber bei uns nicht stattfinden, denn dadurch liefern wir den Unternehmern nur Wasser auf die Mühle.

Minden. „Die Faulenzerei bezahlt er nicht!“ Ende Juli dieses Jahres ließ mich der Inhaber des „Ateliers für Grabdenkmäler“, Herr Georg Hörries in Minden, durch einen Dritten aufsuchen, wieder bei ihm in Arbeit zu treten, nachdem ich früher schon einmal circa vier Monate bei ihm beschäftigt war. Am zweiten Sonnabend jammerte er mir schon vor, daß er mir kein Geld geben könne, da er dringende Wechsel zu bezahlen gehabt habe. Am nächsten Samstag schuldete er mir also für zwei Wochen Lohn, bezahlte erhielt ich aber nur für sechs Tage, indem er mir versprach, kommende Woche bestimmt mit mir abzurechnen, da er ein Denkmal abliefern wolle. Am vierten Sonnabend fuhr er früh mit dem Denkmal ab. Nach Feierabend erklärte mir seine Frau, daß ihr Mann noch nicht zurück sei und ich warten möge bis er käme. Ich wartete dann 3 1/2 Stunden, allein vergebens. Am Sonntag morgen erzählte er mir dann, er habe sich in der benachbarten Wirtschaft auf sein Schwein 70 Mark geben lassen, da er für das Denkmal kein Geld erhalten habe, hiervon wolle er mir 45 Mark geben, 25 Mark benötige seine Frau im Haushalt, und er wolle mir bestimmt in den ersten Tagen der nächsten Woche den Rest auszahlen. Montags erfuhr ich dann von der betreffenden Wirtin, daß er sich auf das Schwein kein Geld geliehen habe, sondern daß er einen Sondermarktschein habe wechseln lassen. Michin hat er mich einfach belogen. Am Mittwoch verlangte ich dann in bestimmter Weise den Rest und da der Meister seinem ganzen Aussehen nach noch nicht ganz angeschlafen hatte, geriet er in Wut, schimpfte und tobte und erklärte schließlich wörtlich: „Die Faulenzerei bezahlt ich überhaupt nicht!“ Ich gab dem Herrn dann zu bedenken, wie töricht es sei, zu einem derartigen Faulenzerei in die Wohnung zu kommen und letzteren zu veranlassen, wieder bei ihm in Arbeit zu treten. Hieraus konnte seine Wut keine Grenzen mehr, die sich in den Worten äußerte: „Wenn ich noch Zeit hätte, würde ich Sie ganz anders vom Plage bringen.“ Diese Ringkampsankündigung hatte natürlich nur ein mittelbares Nadeln meinerseits zur Folge. Dann schwang er sich aufs Rad und juckte das Weite. Ich dachte an das bekannte Sprichwort vom „Unbank“ und verließ diese unglückliche Stätte. Beifügen möchte ich, daß das Rohmaterial bereits aufgearbeitet war. Bierzehn Tage nach dem eben geschilderten Vorgang war die Gewerbegerichtsverhandlung, in der natürlich der gute Mann nur einen geringfügigen Meinungsaustrausch mit mir hatte und er am fraglichen Tage, als er abends nach Hause kam, mit Stacheln gefüllt war, daß ich weg sei; selbstverständlich damit meine Schadenverursachung wegen der Rindgungsdarstellung abgetrieben werde. Die Verhandlung wurde dann vertagt. Nach diesen groben Verleumdungen hatte ich jedenfalls die Pflicht, die Arbeit aufzugeben. Bzgl. der Sache hatte er mir dann auch, falls ich weiterarbeiten, am Sonntag sagen können: er sei mir nichts schuldig, da er ja erklärt habe, „er bezahle die Faulenzerei nicht.“ Eines möchte ich diesem Herrn aber sagen: Daß es doch besser ist, durch ehrliche Arbeit sein Brot zu verdienen, als eine solch fragwürdige Existenz als „Prinzipal“.

Paul Baumann.

Mödnitz. Unter freiem Himmel tagte hier am 3. September eine äußerst stark besuchte Versammlung der Pfälzersteinarbeiter. Es waren annähernd 800 Kollegen erschienen, von einzelnen Belegschaften schloß nicht ein Mann. Einige Bruchmeister hatten für diese Versammlung ein besonderes Interesse, weil sie darauf Obacht gaben, wer denn eigentlich die Versammlung besuchte. Sie mügen nicht schlecht erkannt gewesen sein, daß beinahe sämtliche Arbeiter dem Versammlungsort zustreuten. Ueber das Thema: Die Gewerkschaft als Kulturfaktor, sprach Kollege A. Staudinger. In der Einleitung schilderte er besonders die hervorragende Tätigkeit Bebel's. Er, der selbst Arbeiter war, konnte es mit erleben, wie es gelang, die Arbeiterklasse immer mehr zu einer höheren, kulturellen Stellung innerhalb des heutigen Staates zu erziehen. Dann schilderte der Referent, wie einflußlos vor 40 Jahren der deutsche Arbeiter war, weiter streifte er die Erfolge der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Vortrag fand eine sehr beifällige Aufnahme. — Ein Diskussionsredner führte darüber Bescheid, daß bei Unglücksfällen, die nicht gerade zu schwerer Art sind, es keine Transportgelegenheit gibt. Wenn ein Arbeiter einen starken Verband am Fuße angelegt erhält, so muß man dem Verunglückten doch ein Geschirr zur Verfügung stellen. Hoffentlich kommt der betreffende Arzt in Zukunft dieser Anregung nach. — Kritisiert wurde, daß wir hier kein Lokal aufreihen können. Dadurch wird erreicht, daß die Kollegen einsehen, daß sie einig sein müssen. Wenn hier Sozialdemokraten förmlich gequält werden, dann ist dieses in erster Linie Herrn Lugny zuzuschreiben. Kollege Bergmann hielt ein begeistertes Schlusswort, dabei auf-fordern, auch fernerhin für den Verband zu wirken.

Schwarzenbach a. S. Am 8. September fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf Anstellung eines Bezirksleiters. Nach Beratung des Schriftführers (vom Gauleiter erhalten) entspann sich über diesen Punkt eine sehr rege Diskussion, in welcher sachlich und ernstlich über die Anstellung des Bezirksleiters diskutiert wurde. Nach reichlicher Ueberlegung wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: Die Kollegen sind für die Anstellung des Bezirksleiters, auch sind dieselben mit dem vorgeschlagenen Kostenaufwand einverstanden. Aber nicht mit einer Verschärfung, sondern die Kollegen wollen, daß die Zahlstelle mit allen ihren Verwaltungs- und Kassarechten auch weiterhin bestehen bleibt. Unter Berücksichtigung wurde hauptsächlich über das Einhalten des Tarifs eingehend Lage geführt. Ja, es müssen die Kollegen in letzter Zeit recht häufig Reklamationen vornehmen, besonders die Schleifer. Reklamiert dann ein Kollege, so ist es auch keine Seltenheit, daß er von dem betreffenden Vorkler mit Worten tituliert wird, die jeder Beschreibung spotten. Kollegen, unsere Aufgabe ist es, die Säumigen aufzurütteln, damit wir jederzeit die Waffe in der Hand haben, auch wenn es im schwersten Kampfe wäre. Zur deshalb jeder als organisierter Kollege seine Pflicht, damit das Interesse gefördert wird, für das wir kämpfen.

Stuttgart. Die Steinarbeiter zum hiesigen Waldriedhof wurden der Firma Adolf Lauster in München bei Stuttgart um den Preis von rund 31 000 Mk. übertragen. Das Material besteht aus Sauerwasseralkalifeln; dasjeweile eignet sich sehr gut für solche Anlagen. Nach Beschluß der bürgerlichen Kollegen Stuttgart ist der Unternehmer verpflichtet worden, den zur Bearbeitung notwendigen Steinarbeiter teilweise Stuttgarter Steinmehnen zu berücksichtigen. Nun versucht der Unternehmer bereits schon auswärtige Arbeitskräfte herbeizuziehen. Die Stuttgarter Kollegen werden aber dafür sorgen, daß der gemeinderätliche Beschluß auch zur Geltung kommt. Denn nur diesen hat es der Unternehmer zu verdanken, daß ihm die Arbeit übertragen wurde. Die Steinarbeiter haben in letzter Zeit die Stadtverwaltung immer wieder aufgefordert, bei Vergabung von Steinarbeitern die Stuttgarter Steinmehnen zu berücksichtigen. Deshalb ist auch dieser Beschluß zustande gekommen. Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Arbeitsverhältnisse hier nicht die rosigsten sind.

Ufen. Die Zahlstelle Ufen hat sich schon öfters mit der Firma Menckin beschäftigt, welche keine tariflichen Zölne zahlt. Es wurde schon zweimal der Versuch unternommen, den Tarif zur Anerkennung zu bringen, das letzte Mal 1908. Seit 1908 hatte Menckin allerdings keine nennenswerten Aufträge zu verzeichnen. Aber jetzt hat die Firma wieder Arbeit. Nun wollte die Zahlstelle, weil die Sache günstig stand, der Firma den Tarif vorlegen. Aber die Kollegen, welche im Säntel beschäftigt sind, wollten von einem Tarif nichts wissen. Sie wollten ihr eigenes Interesse über das der Allgemeinheit und weigerten sich, abzutreten. Die Kollegen vertreten nicht die Sache der

ganzen Kollegenschaft, sondern die des Meinsins. Einige von ihnen entpuppten sich als richtige Unternehmerrückstrapper. Die Zahlstelle Ufen hatte die Kollegen, welche bei Menckin arbeiten, ob im Säntel oder Dämmigen, zu einer Versammlung nach Springe eingeladen. Die Kollegen von Dämmigen waren alle erschienen, sie waren auch mit Beweiserung dafür, daß bei Menckin der Tarif durchgebrochen werden sollte, aber die Sänteler Kollegen hatten durch ihre Abwesenheit bewiesen, daß sie eine freie Ansprache scheuten. Unter den zehn Kollegen sind zwei oder drei, welche ihre Landsleute im Säntel hatten. Die Kollegen sind aus der Miltenberger und Klein-Deubacher Gegend. Die Namen zu veröffentlichen, nimmt die Zahlstelle Abstand, es ist aber das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Zwingenberg. Am 7. September tagte im Gasthaus zur Aegirstraße eine Bezirksversammlung für die Pfälzersteinarbeiter, welche sich mit der Lohnreduzierung in dem neu eröffneten Betriebe Steingredel (Firma Müth u. Co.) befaßte. Es wird den Arbeitern angenommen, in diesem billiger zu arbeiten als in dem Betriebe Brunnweg, welcher ebenfalls der gleichen Firma gehört. Alle Unterhandlungen waren bisher ohne Erfolg. Es wurde den Arbeitern anheim gestellt, einen Versuch zu machen mit den Preisen, welche die Firma festgesetzt hatte, welche aber den Preisen im Betriebe Brunnweg bei einer Sorte um 2 Pfg., bei Bindern um 3 Pfg. und bei Kaufsteinen um 1 1/2 Pfg. nachstehen. Der Versuch wurde abgelehnt, weil die Kollegen die Probe schon einige Jahre dort gemacht haben. Nach Lage der heutigen Lebensmittelerhöhung müssen es die Arbeiter als eine Verhöhnung betrachten, wenn mit einer Reduzierung an sie herangetreten wird. Folgende Resolution fand Annahme: „Die am 7. September tagende Bezirksversammlung erklärt auf das bestimmteste, dem Annehmen der Firma im neu eröffneten Betriebe Steingredel, zu niedrigeren Preisen als wie im Betriebe Zwingenberg (Brunnenweg) zu arbeiten, nicht zustimmen zu können. Die Versammlung erwartet vielmehr, daß zu den weiteren Unterhandlungen die Firma das Unrecht ihrer Ansicht einzieht und bereit ist, für diese in Frage stehenden Sorten Steine denselben Preis bezahlt, als wie im Betrieb Brunnweg.“

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Steinweg Paul Walter aus Pflagramshain, Zahlstelle Striegau, wurde wegen seines unkollegialen Benehmens aus dem Verbands ausgeschlossen.

## Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter.

Daß die Bautätigkeit schon im Hochsommer, in der besten Konjunktur, stark im Niedergang begriffen war, trat offensichtlich zu Tage. Besonders die Privatbautätigkeit in den weitaus meisten großen und mittleren Städten des Reiches ist zum Teil sehr schlecht. Für den Winter bieten sich daher für den Bauarbeiter trostlose Aussichten.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat durch Umfrage in den einzelnen Bezirken die Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit feststellen lassen. Der Grundstein veröffentlicht in seiner neuesten Nummer (vom 13. September) einige Situationsberichte, die erkennen lassen, wie stark die Bautätigkeit daniederliegt und wie groß die Arbeitslosigkeit schon jetzt ist.

Die Konjunktur in Berlin wird dadurch am besten illustriert, daß im Jahre 1908 dort 23 000 Maurer beschäftigt wurden, heute aber nur noch 11 000. 17 Proz. der Berliner Maurer sind jetzt schon arbeitslos. Viele von ihnen haben in diesem Jahre noch nicht gearbeitet, andere, die seit Jahrzehnten in Berlin ansässig sind, mußten ihre Familien verlassen und sich für niederen Lohn in der Provinz Arbeit suchen; wieder andre mußten ihren Beruf aufgeben. In eine Besserung ist vorläufig nicht zu denken, da in Berlin selbst immer noch 4 1/2 Proz. und in den Vororten bis zu 6 1/2 Proz. Wohnungen leer stehen. Nehmlich ist die Situation in den Städten Ostdeutschlands. Die Privatbautätigkeit liegt infolge der hohen Baugeldpreise fast überall völlig danieder, nur infolge der neuen Militärgeetze ist in den Garnisonsstädten einige Arbeit vorhanden. In Posen sind z. B. 150 Bauarbeiter arbeitslos und 850 arbeiten auswärts. In Breslau sind fast nur halb so viel Bauarbeiter beschäftigt wie 1911; bis August waren insgesamt 10 385 Mitglieder arbeitslos gegen 1841 im gleichen Monat des Jahres 1911. Etwas besser als in den ostdeutschen Groß- und Mittelstädten ist die Bautätigkeit in Pommern. In Nord- und Nordwestdeutschland ist die Bautätigkeit sehr ver-schieden. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit in den kleineren Städten und auf dem Lande gering. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit in Hamburg, Kiel und Lübeck geradezu trostlos. In Hamburg ist dauernd fast ein Drittel der Mitglieder arbeitslos. Hunderte von Bauarbeitern haben in diesem Jahre noch gar nicht oder nur einige Wochen gearbeitet. Eine Besserung ist nicht zu erwarten, da rund 7 1/2 Proz. der Wohnungen leer stehen. In Kiel wissen selbst die ältesten Bauarbeiter sich einer so trostlosen Zeit nicht zu erinnern. In Lübeck stadt die Bautätigkeit schon seit Jahren völlig. Trostlos ist die Bautätigkeit auch in den Unterwesertorten; obwohl dort eine große Wohnungsnot herrscht, stadt die Privatbautätigkeit fast völlig. In Rheinland-Westfalen, das sonst immer die Zufluchtsstätte für viele Tausende arbeitsloser Bauarbeiter aus anderen Gebieten war, ist die Bautätigkeit ebenfalls sehr schlecht, nur die Stadt Münster hat eine gute Baukonjunktur, weil eine Anzahl öffentlicher Bauten dort erledigt werden. In Duisburg sind vom Januar bis Juni 257 Bauarbeiter weniger erteilt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ebenso ging die Zahl der Bauarbeiter in Düsseldorf um 280 zurück. Rund ein Sechstel der Mitglieder des Düsseldorf-er Zweigvereins ist arbeitslos. Auch in Köln hat die Bautätigkeit erheblich nachgelassen. Der Zweigverein des Bauarbeiterverbandes zählte an Arbeitslose rund 8000 Mk. Volkstausunterstützung. Im Königreich Sachsen ist die Konjunktur ein wenig besser, sie zeigt aber gegen das Vorjahr allgemein einen Rückgang. Erheblich zurückgegangen ist die Bautätigkeit in Leipzig, wo Ende Juli von 8745 Mitgliedern 837 arbeitslos waren. In Mittel- und Westdeutschland hat fast keine einzige größere Stadt eine gute Konjunktur, in Magdeburg melden sich wöchentlich nahezu 100 Bauarbeiter arbeitslos, in Halle gar 250, ein Drittel der Mitglieder arbeitet in anderen Vernein. Viele Maurer haben in diesem Jahre noch keine Stunde als Maurer gearbeitet. Sehr schlecht ist die Bautätigkeit in Gera, wo es 200 Arbeitslose gibt. Der Zweigverein zählte in 7 Wochen rund 8500 Mk. Unterstützung. In Frankfurt a. M. ist die Bautätigkeit nicht schlechter als im Vor-jahre, aber infolge des starken Zustroms fremder Arbeitskräfte herrscht erhebliche Arbeitslosigkeit. In Offenbach, Kanaun, Mainz und Wiesbaden ist die Konjunktur schlecht. Am schlechtesten ist die Bautätigkeit in Süddeutschland. Aus Bayern ist nicht ein einziger Bericht über gute Konjunktur eingegangen. In München herrscht riesige Not, in Hof in die Bautätigkeit schon seit fünf Jahren schlecht, aber in diesem Jahre wird sie noch übertrifft. In Bamberg sind etwa 100 Bauarbeiter arbeitslos und nur 250 in Arbeit. In Regensburg hat gar nur die Hälfte der 360 Mitglieder Arbeit, viele Mitglieder haben seit Oktober 1912 noch keine Stunde gearbeitet. In Würtemberg ist es nicht viel besser. Die Privatbautätigkeit vermag fast vollständig.

Das sind nur einige ganz kurze Auszüge aus einem großen Gliedsberichte. Welche Formen die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Monaten annehmen wird, läßt sich daraus erkennen. Die überaus schlechte Bautätigkeit wirkt aber auch auf viele andere Vernein ein. Neben Not und Elend, die weite Kreise der deutschen Arbeiterklasse werden erdulden müssen, werden auch an die Gewerkschaften ganz besondere finanzielle Anforderungen gestellt. Die gewerkschaftliche Selbsthilfe reicht zur Pinderung der Not nicht aus, Staat und Kommunen müssen daher zur Erfüllung ihrer Pflicht, für die Opfer der Wirtschaftskrise zu sorgen, getrieben werden.

# Rundschau.

## Angriffe auf die gewerkschaftliche Ausstellung in Leipzig.

Gegen die Ausstellung der deutschen Gewerkschaften auf der Leipziger Vorkonferenzausstellung konnte bisher selbst in Schärferen Kreisen wenig oder gar nichts gesagt werden, um die dort dargestellten Tatsachen zu widerlegen. Die Absicht zu so edlem Tun hat sicher bestanden, nur der geringste Anlaß fehlte. Jetzt werden nun doch einige Unternehmungen munter und verjungen mit allgemeinen, nicht jagenden Redensarten eine Diskreditierung der gewerkschaftlichen Ausstellungsobjekte.

Die „Vauhütte“ erhebt gegen die Gewerkschaften den Vorwurf, sie hätten die Vorkonferenzausstellung mißbraucht, Staat und Industrie zu bekämpfen. Und die Allgemeine Tapezierzeitung drückt diesen abförmigen Vorwurf gedanklos nach. Diese Bekämpfung der Industrie und des Staates soll geschehen sein durch die Hinweise auf die Versäumnisse und durch eine geschickte Kritik, die in Plakaten und Broschüren enthalten sein soll; besonders eine Broschüre des Zimmererverbandes, in der das gefährliche Wort „Sozialismus“ vorkommt, hat den Anstoß bei den Schärferen erregt. Die Allgemeine Tapezierzeitung macht den Kohl noch durch folgenden Zusatz fett: „In jedem Munde des Gewerkschaftshauses auf der Vorkonferenz hat sich die Rede und ausgelegte Schriften, die oft unter großer Entstellung der Tatsachen für die Arbeiterverbände Reklame machten.“ Und sie fügt hinzu: „Wenn die genannte Zeitschrift („Die Vauhütte“) bei dieser Gelegenheit von einer sozialpolitischen Entgleisung der Ausstellungslösung spricht, so ist der Ausdruck sehr milde gewählt. Mit den idealen Zwecken, welche eine solche Veranstaltung verfolgen soll, ist es schwerlich zu vereinigen, wenn der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Seite in dieser Weise Vordruck geleistet wird.“

Derartige allgemeine Behauptungen in die Welt hinauszuschleudern, ohne auch nur den Versuch eines Beweises zu machen, und dabei auch noch die Ausstellungslösung in perfider Weise zu verächtlichen, ist einfach gewissenlos. Diese Schärferen Pharisäer! Warum entziehen sie sich denn nicht über die einseitige Propaganda der Grundeigentümer und Hausbesitzer für ihre speziellen Interessen auf der Vorkonferenz? Da liegen Agitationsbroschüren aus dem Preussischen Landesverband und vom Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands, die sich bemühen, das Wohnungsproblem in den Arbeiterquartieren der Großstädte nach Kräften zu verschleiern. Dafür hat weder die Vauhütte noch die Allgemeine Tapezierzeitung Augen.

Der Behauptung, die Gewerkschaften hätten Tatsachen in ihren Aufklärungschriften und Tafeln grob entstellt, muß ganz energigisch widersprochen werden. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Unternehmer bei allen ihren Statistiken so streng an die Wahrheit halten, wie das bei den Gewerkschaften Prinzip ist. Doch die kleinen Kläffer können das von objektiv urteilenden Menschen anerkannte große Verdienst, das sich die Gewerkschaften mit ihrer Ausstellung erworben haben, nicht herabwürdigen. Sie kommen zwar mit ihren Schärferen, doch sie kommen zu spät.

Joseph Klingler †. Am Sonntag, den 14. September, ist in Stuttgart nach langjährigem harten Leiden an der Brustkrankheit der Kollege Joseph Klingler, Sandsteinhauer, im Alter von nur 35 Jahren gestorben. Der Verstorbene war ein aufrichtiger, ehrliebender Charakter, war er doch bis zu seinem Tode für den Verband tätig. Als Kassierer der Zahlstelle Stuttgart hat er noch am Freitag und Sonnabend die Verbreitung des „Steinarbeiter“ besorgt, ebenso seine Unterkassierer mit Material versehen, damit dieselben am Sonntag ihre Arbeit verrichten konnten. Niemand hat daran gedacht, daß Klingler schon am Sonntagabend eine Leiche wäre. Im Jahre 1905, als Kollege Hohlmann juridiktur, wurden Klingler die Geschäfte für den Gau Württemberg übertragen. Auch hier hat er getan, was in seinen Kräften stand und hat sich vollständig das Vertrauen seiner Kollegen erworben. Im Jahre 1906 und 1908 wurde Klingler auch als Delegierter zum Verbandstag entsandt. Alle Kollegen werden dem Verstorbenen ein dauerndes ehrenvolles Andenken bewahren, hauptsächlich aber die Zahlstelle Stuttgart.

Wichtigster Auftrag. Sämtliche Hausarbeiten (Muschelkalk, Sandstein und Granit) für das Rathaus in Darmstadt sind der Firma Deutsche Steinwerke G. Vetter & Co. in Elmtern übertragen worden. Die Muschelkalkarbeiten werden in demselben Material zur Ausführung kommen, das zum Rathausbau in Leipzig verwendet wurde. Das Oberrheinische Gebiet hätte somit einen bedeutenden Auftrag auszuführen.

Unverständliche Ausschreibung. Die Residenzstadt Chemnitz (Sachsen) schreibt 2400 Quadratmeter schwedischer Pflastersteine aus. Die Herren Stadtväter sind natürlich gute Patrioten, aber das scheint ihnen nicht aufzufallen, wie unwürdig eine solche Ausschreibung im Grunde genommen aussieht. Das Vorgehen des Stadtkonzepts ist einfach unbegreiflich zu nennen; die Steinarbeiter verweigern sich ganz entschieden, daß deutsches Material bei der Ausschreibung schon ausgeschlossen wird.

Die Steinbrüche der Firma Köppler in Breiterode sind in den Besitz des Steinmetzmeisters Köppler, Schmalkalden, übergegangen. Der Granit, welcher im Thüringer Wald gefunden wird, weist eine große Polierfähigkeit auf.

Altjährlich. In den rheinischen Marmorwerken streikten einige Kollegen. Plötzlich gab der Steinmetzmeisterverband nachstehende „schwarze Liste“ heraus:

Berlin N, den 15. August 1913.  
Chausseestraße 1.

Hierdurch zur Nachricht, daß bei der unjerm Verbände angehörenden Firma Rheinische Marmorwerke, G. m. b. H., in Düsseldorf-Mark die beiden Marmorsteine (man folgen die Namen) wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt haben. Wir ersuchen Sie, dieselben bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll

Verband deutscher Steinmetz- und Steinmetzgeschäfte, eingetragener Verein.

Was denn diese Organisation nichts anders zu tun, als sich mit solchen Caspallen zu beschäftigen? Großartig kann man ein solches Vorgehen wahrhaftig nicht nennen.

Neuer Konflikt im Baugewerbe. Der Vorstand des Deutschen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe hatte, wie in der neuesten Nummer des „Grundstein“ gemeldet wird, zur Durchführung der vom Reichstag festgesetzten Tarifverträge am 19. August vierzig Arbeiter der Baubetriebe, die Herren Behrens, Popp, Lühner und Jellermann, anstandslos. Das ist schon etwas Ungewöhnliches, so sollte die Durchführung der Verträge den Vertretern der Arbeiterorganisationen erst die Hände des Bundes entfallen. Es lagen 66 Verträge zur Genehmigung vor, aber keiner fand Gnade vor den Augen der Bundesvertreter. Alle wurden abgelehnt. Die leidige Affordarbeit hat es dem Vorstand des Arbeiterverbandes angetan. Die Unzufriedenheit ist beängstigend. Es werde jetzt nur noch nach „Arbeiterorganisationen“ umgesehen. So in einer dieser Kategorien Afford vorzuziehen ist, da müßte er auch für die ganze Baubranche gelten. Ein recht schönes Beispiel wurde zur Bestätigung der Ansicht der Arbeiternehmer angeführt: In Hamburg werden die Arbeiter teilweise in Afford eingeschrieben. Das heißt in Affordarbeit, also muß für die ganze Kategorie der Arbeiter die Affordarbeit in Hamburg zulässig sein. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen ziehen aber den Begriff „Arbeiterorganisation“ nicht so weit wie die Unternehmer. Die Gruppe der Arbeiter hat sich aus dem vertriebenen Untergruppen zusammen, die heute alle in Spezialfällen angeordnet sind. Die Arbeiter in Hamburg — um bei diesem Beispiel zu bleiben — in Afford eingeschrieben werden, so geht das die Mauer in Hamburg noch lange nicht an. Heißt diese grundsätzliche Angelegenheit ist das Hauptamt entschieden; deshalb sind wegen anderen Ursachen sind die Verträge alle zurückgewiesen worden. Das kann dem Vorstand des Arbeiterverbandes so

passen, wenn er durch die Affordarbeit in einem Spezialfach die Affordarbeit für das ganze Baugewerbe erlangen könnte. Das Hauptamt wird einen dicken Strich durch diesen Plan machen, der wohl nur angeklügelt ist, um zu den Differenzen im Haupttarifamt noch weitere Differenzen hinzuzufügen.

Renovierung des kgl. Odeon. Man schreibt aus München: Das kgl. Odeon wird zurzeit gründlich renoviert. Besonders das Hauptportal, das aus Treuchtlinger Marmor hergestellt und sauber nachgearbeitet wurde, ist nun wieder eine Zierde des schönen Hauses. Unverkündet aber muß es jedem Fachmann erscheinen, daß man den wertvollen Werkstein, ebenfalls aus Treuchtlinger Marmor, mit Oelfarbe anstreicht. Man sollte diesem prachtvollen Naturstein von maßgebender Seite (Baubehörde) mehr Beachtung schenken.

Wahres Christentum. Der oberste Gerichtshof in Wien hat die Todesstrafe, die über den Mörder unseres Genossen Schumacher, den Christlich-Sozialen Kunz, ausgesprochen worden ist, bestätigt. Darauf hat die Witwe Schumachers beim Justizminister den Antrag gestellt, die Todesstrafe an dem Mörder Kunz nicht zu vollziehen, weil ihr ermordeter Gatte stets ein Gegner der Todesstrafe gewesen sei. — Hat man schon je davon gehört, daß in den Kreisen, die mit ihrem Christentum sich laut brüsten, eine solche Tat wahrhaft christlicher Gesinnung begangen worden ist, wie sie „gottlose“ Sozialdemokraten, denen der teure Führer, der Gatte und Vater durch Mordmord vernichtet wurde, an dem verbrecherischen Feinde bewähren?

## Steinausschreibungen.

Die Steinausschreibungen sind jetzt ziemlich ins Stocken geraten. Zurzeit werden folgende Ausschreibungen vorgenommen: Eisenbahnbetriebsamt K 5 3 1 n. 2200 Tonnen Pflastersteine. Oberpostdirektion Oldenburg. Für 17000 Mt. Steinmeharbeiten.

Rat der Stadt Chemnitz, Tiefbauamt. Lieferung von rund 55000 Quadratmeter Kleinsteinen für das Jahr 1914. Lieferungsbedingungen liegen in der Buchhalterei des Tiefbauamts, Rathaus, Poststraße Nr. 12 II, aus oder können gegen 0.50 Mt. in bar bezogen werden.

Magistrat in Pölit, Pommern. Lieferung von 4200 Quadratmeter Reihsteinen und 1150 Meter Hochbordsteinen zur Pflasterung der Fuhr- und Freistraße in Pölit.

Bauberatungsdienst der Landwirtschaftskammer f. d. Großherzogtum Hessen in Darmstadt. Steinhauerarbeiten f. d. Neubau eines Verwaltungsgebäudes der Landwirtschaftskammer in der Allee in Darmstadt. 52 Kubikmeter Sandsteine, wie Zitr- und Fensterumrahmungen, Gesimse, Säulen, Plaster, Treppentritte usw., 54 Quadratmeter Sockelverblendung, 35 Quadratmeter Werksteine in Basaltlava, 22 Kubikmeter Kunststein.

Kgl. Straßen- und Fluhbauamt in Simbach a. J. Für die Pflasterung der Staatsstraße Nr. 1 von Kilometer 30,400 bis 30,840 bei Eggenfelden (sogen. Bahnhofstraße) mit Granitkleinpflaster: 1. Lieferung von 425 000 Kilogramm Kleinpflastersteinen aus Granit, 495 Tsd. Meter Leistensteinen aus Granit frei Bahnhofsstation Eggenfelden.

Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Busendorf. Für das Empfangsgebäude auf Bahnhof Dalken: 1. Erd-, Mauer-, Stein-, Asphalt- und Eisenarbeiten mit 235 Kubikmeter Erd- und 150 Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk, 15 Kubikmeter Werksteine usw.

Bürgermeisteramt in Eppingen. Lieferung von etwa 1280 Tsd. Meter Schweg-Handsteinen aus Granit.

Tiefbauamt in Diez a. Rhn. Arbeiten und Lieferungen zur Unterhaltung der Bezirksstraßen und überkommenen Signalwege im Bereich des Landesbauamts Diez für 1914, und zwar Anfahren, Pflegen und Zerkleinern der Decksteine.

Kgl. Eisenbahndirektion in Berlin 35. Lieferung von 9800 Quadratmeter Mosaikpflaster für die Befestigung der Bahnsteige auf Bahnhof Rennbahn.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 13. September.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Donnerstag, Ab. 2.40. Münster, Ab. 2.40. Mülln, B. 3.—. Burg, B. 3.—. Anna, B. 3.60. Zeuzern, B. 3.30, E. 0.50. Müllingen, B. 4.80. Zoffelt, B. 4.80, Div. 0.20. Straßfurt, B. 5.40. Hohenfels, B. 7.20. Lemgo, B. 22.80, K. 0.30. Windischschenbach, B. 4.80. Wilhelmshaven, B. 4.80, K. 0.20. Weßlingen, B. 12.—, K. 0.10. Reihheim, Ins. 7.20. Burgfurt, B. 50.—, M. 2.50. Gohmannsdorf, B. 42.—, K. 10.—. Gerford, B. 37.50, K. 1.20. Samens, B. 78.—. Abelschen, B. 32.75, E. 1.—. Strehlen, B. 800.—. Rappeltobed, B. 262.30, K. 37.70. Gefrees, B. 366.66. Colmar, B. 50.—. Ebersdorf, Ins. 2.85. Sunzau, Ab. 2.40. Kronstadt, B. 10.—. Claußnitz, B. 10.20, E. 0.50. Aylau, B. 7.20. Artern, B. 3.30. Rudnitz, B. 7.20. Cierobe, B. 15.90. Alstedden, B. 764.—, M. 1.10. Bochum,

B. 50.—. Seidingsfeld, B. 200.—. Strichhausen, B. 631.66, E. 3.50, K. 2.70, M. 1.40. Delz, B. 42.—. Osterholz, B. 340.—, K. 10.—. Strichhausen, B. 39.—. Abelschen, B. 36.40, K. 1.10. Pflimersdorf, B. 4.50, K. 0.20, Div. 0.15. Mindelheim, B. 2.30, E. 1.—, K. 0.20. Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Reiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt angegeben, für was das Geld bestimmt ist.

## Allgemeine Bekannmachungen.

Berlin. Hier herrscht großer Arbeitsmangel. Die reisenden Kollegen werden ersucht, Berlin zu meiden oder aber sich mit der Erhebung der Reiseunterstützung zu begnügen.

Die Ortsverwaltung

Köln. Die Kollegen Philipp Lorenz aus Kaiserlautern (Buch-Nr. 23198) und Hermann Pfeiffer aus Dettensee (Buch-Nr. 18824) haben hier noch finanzielle Pflichten zu erfüllen.

Konrad Ruxer, Kassierer.

Leipzig. Das Verbandsbuch des Kollegen Johannes Müng (Nr. 26605), geb. am 10. Januar 1853 in Plüßhausen, ist in Weßlingen (Hahr) verloren worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt, eventuell ist das Buch hierher zu senden.

Paul Starke, Verbandsvorsitzender.

Seebach. Mag. Höller wurde laut Versammlungsbeschluss wieder in den Verband aufgenommen. Die Ortsverwaltung

Leffebach (Kreis Zabern). Im ganzen Bezirk des Eichelstales herrscht zurzeit großer Arbeitsmangel. Ein großer Teil unserer Kollegen mußte sich nach anderer Beschäftigung umsehen.

Die Ortsverwaltung.

Tröstau. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Joh. Hofweller, geb. am 20. Juni 1874 (Buch-Nr. 29719), ist verloren gegangen.

Christian Panzer, Kassierer.

## Adress-Veränderungen.

Gotha. Vorj.: Jof. Bauer, Seebacher Straße 5.

Meisen. Vorj.: Alois Kain.

Delz bei Breslau. Vorj. u. Kass.: Friedrich Gahl, Döhlaustr. 5.

Zittling. Vorj.: Alois Knab, Masering (Post Zittling).

Würgburg. Vorj.: Franz Molter, Wöhlhartgasse 5.

## Versammlungskalender.

### Mitglieder-Versammlungen

Mittweida: 20. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus.

Kirchberg: 28. September, nachm. 2 1/2 Uhr, in Saupersdorf.

### Briefkasten.

Ortsverwaltung Hornberg. Wir haben das weitere veranlaßt. Nur immer recht schmerzhaft. Unsere Mitglieder kommen eben ohne bürokratische Maßnahmen nicht aus. — Oberwald. Es sind uns Firmen in Rotterdam nicht bekannt. — Berg (Elsas). Den Bezug der Invalidentrente regelt § 1255 der R.V.O. Da kommt es allerdings sehr auf das ärztliche Gutachten an. Stelle doch sofort an das zuständige Versicherungsamts nach § 1613 der R.V.O. einen Antrag auf Gewährung der Invalidentrente. — E. in Pirna, M. in Dresden. Wenn's erst mal a'fall'n hat. Vesten Gruß! — Ruhmannsfelden. Genügt denn unser Schreiben noch nicht. Wenn wir wegen solcher Sache erst noch große Briefe schreiben müssen, dann brauchen wir noch einen Sekretär. — Elberfeld. Zunächst 1.20 Mt. einsenden. 2. Muschelkalk wird allerdings poliert, aber die Haltbarkeit der Politur scheint nicht groß zu sein.

Zur Beachtung! Ein und wieder suchen durch Inserate Freunde und frühere Arbeitskollegen ihre Verbindung wieder herzustellen, oder durch Inserate werden sonst Kollegen in Familienangelegenheiten usw. gesucht. Die Kosten des Inserats werden dagegen in den seltensten Fällen gedeckt; Rechnungen kommen zurück, weil die Auftraggeber abgereist sind. Es stehen noch folgende Inserate aus vom Jahre 1911: Bürgermeister, Elm. 1912: Buchner, Mühlhausen (Elsas); Seidel, Weiskauer; Hande, Giersdorf; v. d. Knyp, Bochum; Jac, Adnigsberg; Schaffry, Duisburg; Straffer, Weicha. 1913: Müng, Weßdorf b. Köln; Stiebig, Frankfurt a. O.; Meier, Königsberg; Runge, Sameln. Die betreffenden Kollegen wollen den Betrag von 1.20 Mt. an den Kassierer Ludwig Geiß senden. Ebenso sehen noch aus: Wittmann, Witten (2.40 Mt.), und Werner, Oßergeld, Elberfeld (2 Mt.).

Die 30a-Broschüre, 110 Seiten stark, kommt Ende nächster Woche zum Versand. Der Preis wird sich auf etwa 45 Pfg. stellen. Die künftigen Zahlstellen mögen ihre Bestellungen noch aufgeben.

## Anzeigen

Neuheit für Steinmetzen!  
**Simplon-Stockhammer**  
Ersatzplatten  
hierzu liefere zu ermäßigten Preisen.  
**Albert Baumann, Aue (Erzgeb.)**  
Werkzeugfabrik.



2-3 gewandte Handschleifer  
für Marmor (Ranten) von größerem Marmorwerk Süddeutschlands gesucht. Angebote unter 100 an die Expedition des Steinmetzen.

**Granitsteinmetzen**  
für schleifrechte Arbeiten sofort gesucht.  
Sameler Granitwerk in Sameln (Weßer).

8 bis 10 tüchtige Pflastersteinhauer  
werden bei gutem Lohn und dauernder Winterbeschäftigung für sofort aufgenommen. Quadratmeter 3 Kronen.  
Johann Schmidt, Granitwerke, Wälsdorf (Böhmen).

**Abbitte!**  
Die beleidigende Äußerung, welche ich gegenüber den Steinmetzen der Firma Schilling in Mittelsteine getan habe, nehme ich mit Bedauern zurück und leite nach schiedsamlichem Vergleich Abbitte.  
Frida Tschöke, Mittelsteine (Schlesien).

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle beachtet, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt sind.)  
In Aue am 12. September der Granitsteinmetz Franz Schönefelder, 47 Jahre alt, an Tuberkulose.  
In Heubach am 19. September der Sandsteinbrecher Max Heber, 38 Jahre alt, an Tuberkulose.  
In Pirna am 14. September der Sandsteinmetz Gustav Zittel, 47 Jahre alt, an Tuberkulose.  
Ehre ihrem Andenken!

**Schürzen**  
Hausmachersteine, 100 und 116 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zedern-, Leder- und Buchstaben-Höfen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Versteigerung eines Sandsteinbruches.**  
Am Montag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, in Eisenbach, in der Gastwirtschaft Zahn-Rumader, läßt Herr Reichsbesitzer A. Wanspach in Ströbberg als Konkursverwalter der **Eisenbacher Steinindustrie, A. Wanspach & Co., G. m. b. H.**, mit dem Sitz zu Ströbberg, den der genannte Gesellschaft gehörigen, in der **Gemarkung Weßlingen (Station Tiefenbach-Ströb)** belegenen ca. 4 Hektar 23 Ar großen Sandsteinbruch mit den dazu gehörigen aufstehenden Gebäuden: Schmiede, Bureau, Werkstätte und Schuppen, öffentlich durch den unterzeichneten Notar in **Eigentum** versteigern.  
Nähere Auskunft durch den Konkursverwalter.  
Ed. Meyer, kaiserl. Notar.